



Kreissparkasse
Freudenstadt

Geschäftsbericht 2023



Inhalt

Inhalt	3
Lagebericht	5
1 Grundlagen der Geschäftstätigkeit der Kreissparkasse Freudenstadt	5
2 Wirtschaftsbericht	5
2.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen im Jahr 2023	5
2.2 Bedeutsamste finanzielle Leistungsindikatoren	8
2.3 Darstellung, Analyse und Beurteilung des Geschäftsverlaufs	9
2.3.1 Bilanzsumme und Geschäftsvolumen	9
2.3.2 Aktivgeschäft	9
2.3.2.1 Forderungen an Kreditinstitute	9
2.3.2.2 Forderungen an Kunden	9
2.3.2.3 Wertpapieranlagen	10
2.3.2.4 Beteiligungen / Anteilsbesitz	10
2.3.3 Passivgeschäft	10
2.3.3.1 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	10
2.3.3.2 Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	10
2.3.4 Dienstleistungsgeschäft	10
2.3.5 Derivate	11
2.4 Darstellung, Analyse und Beurteilung der Lage	11
2.4.1 Vermögenslage	11
2.4.2 Finanzlage	12
2.4.3 Ertragslage	13
2.4.4 Gesamtaussage zum Geschäftsverlauf und zur Lage	14
3 Nachtragsbericht	15
4 Risikobericht	15
4.1 Risikomanagementsystem	15
4.2 Strukturelle Darstellung der wesentlichen Risiken	17
4.2.1 Adressenrisiko	17
4.2.1.1 Adressenrisiko im Kundengeschäft	18
4.2.1.2 Adressenrisiko im Eigengeschäft	20
4.2.2 Marktpreisrisiko	21
4.2.2.1 Zinsänderungsrisiko	21
4.2.2.2 Spreadrisiko	22
4.2.2.3 Immobilienrisiko	23
4.2.2.4 Beteiligungsrisiko	23
4.2.3 Liquiditätsrisiko	24
4.2.4 Operationelles Risiko	25
4.2.5 Inter-Risikokonzentrationen	25
4.3 Gesamtbeurteilung der Risikolage	25
5 Chancen- und Prognosebericht	26
5.1 Chancenbericht	26
5.2 Prognosebericht	26
5.2.1 Rahmenbedingungen	27
5.2.2 Geschäftsentwicklung	27
5.2.3 Finanzlage	28
5.2.4 Ertrags- und Vermögenslage	28
5.3 Gesamtaussage	29

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023	31
Anhang	35
Erläuterungen zur Jahresbilanz	39
Aktivseite	39
Anlagespiegel	42
Passivseite	43
Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	44
Sonstige Angaben	45
Anlage zum Jahresabschluss gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG zum 31. Dezember 2023 („Länderspezifische Berichterstattung“)	48
Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers	49
Bericht des Verwaltungsratsvorsitzenden	54

Lagebericht

1 Grundlagen der Geschäftstätigkeit der Kreissparkasse Freudenstadt

Die Kreissparkasse Freudenstadt (im Folgenden auch „Sparkasse“) ist gemäß § 1 SpG eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie ist Mitglied des Sparkassenverbands Baden-Württemberg (SVBW), Stuttgart, und über diesen dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e. V. (DSGV), Berlin, angeschlossen. Sie ist beim Amtsgericht Stuttgart unter der Nummer A 431 131 im Handelsregister eingetragen.

Träger der Sparkasse ist der Landkreis Freudenstadt. Satzungsgebiet der Sparkasse ist das Gebiet des Trägers außer der Gemeinde Bad-Rippoldsau/Schapbach.

Organe der Sparkasse sind der Vorstand und der Verwaltungsrat (inkl. Kreditausschuss). Darüber hinaus unterhält die Sparkasse einen Risikoausschuss.

Die Sparkasse ist Mitglied im Sparkassenverband Baden-Württemberg und über dessen Sparkassen-Teilfonds dem Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe angeschlossen. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat das institutsbezogene Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe als Einlagensicherungssystem nach dem Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) anerkannt. Das Sicherungssystem stellt im Entschädigungsfall sicher, dass den Kunden der Sparkassen der gesetzliche Anspruch auf Auszahlung ihrer Einlagen gemäß dem EinSiG erfüllt werden kann („gesetzliche Einlagensicherung“). Darüber hinaus ist es das Ziel des Sicherungssystems, einen Entschädigungsfall zu vermeiden und die Sparkassen selbst zu schützen, insbesondere deren Liquidität und Solvenz zu gewährleisten („diskretionäre Institutssicherung“).

Die Sparkasse bietet als selbstständiges regionales Wirtschaftsunternehmen zusammen mit ihren Partnern aus der Sparkassen-Finanzgruppe Privatkunden, Unternehmen und Kommunen Finanzdienstleistungen und -produkte an, soweit das Sparkassengesetz Baden-Württemberg, die Sparkassengeschäftsverordnung oder die Satzung keine Einschränkungen vorsehen. Der im Sparkassengesetz verankerte öffentliche Auftrag verpflichtet die Sparkasse, mit ihrer Geschäftstätigkeit in ihrem Geschäftsgebiet den Wettbewerb zu stärken und die angemessene und ausreichende Versorgung aller Bevölkerungskreise, der Wirtschaft – insbesondere des Mittelstands – und der öffentlichen Hand mit Bankdienstleistungen sicherzustellen.

Die Gesamtzahl der Beschäftigten hat sich bis zum 31. Dezember 2023 gegenüber dem Vorjahr um 7 Personen auf 293 verringert, von denen 161 vollzeitbeschäftigt, 108 teilzeitbeschäftigt sowie 24 in Ausbildung sind. Der Rückgang ist überwiegend auf eine natürliche Fluktuation zurückzuführen.

Die Gesamtzahl unserer Geschäftsstellen hat sich bis zum 31. Dezember 2023 gegenüber dem Vorjahr nicht verändert. Wir unterhielten zum Bilanzstichtag neben der Hauptstelle sechs Beratungscenter, zwei Filialen, neun SB-Stellen sowie drei SB-Kooperationen.

2 Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen im Jahr 2023

Volkswirtschaftliches Umfeld

Die Weltwirtschaft hatte in den letzten Jahren mit der Pandemie, dem Krieg in der Ukraine und schließlich der Inflation und den damit einhergehenden steigenden Lebenshaltungskosten zu kämpfen. Hinzu

kamen zunehmende geopolitische Spannungen, die Unsicherheit schürten. Zugleich dämpften die Zinserhöhungen zahlreicher Notenbanken die Wirtschaftsaktivität. Das alles belastete das globale Wachstum merklich.

Laut Internationalem Währungsfonds (IWF) ist die globale Wirtschaftsleistung 2023 um voraussichtlich 3,1 % gewachsen. Im Euro-Raum dürfte sie lediglich um 0,5 % gestiegen sein. Die deutsche Volkswirtschaft verzeichnete 2023 voraussichtlich ein um 0,3 % schrumpfendes Bruttoinlandsprodukt. Ursächlich hierfür waren die hohen Preise auf allen Wirtschaftsstufen, die ungünstigen Finanzierungsbedingungen durch steigende Zinsen sowie eine geringere Nachfrage aus dem In- und Ausland.

In Baden-Württemberg ist aufgrund der engen globalen Verflechtung der Wirtschaft das Bruttoinlandsprodukt sogar um voraussichtlich 0,6 % zurückgegangen. Das außenwirtschaftliche Umfeld zeigte sich eingetrübt, die Inflation belastete weiter die Kaufkraft der privaten Haushalte und die Ertragsersparungen der Unternehmen. Die wirtschaftliche Entwicklung ist maßgeblich auf zurückgehende Aufträge und die rückläufige Produktion im verarbeitenden Gewerbe zurückzuführen.

Der deutsche Arbeitsmarkt war trotz schwacher Konjunktur robust. Die Arbeitslosenquote stieg nach der Bundesagentur für Arbeit lediglich leicht von durchschnittlich 5,4 % in 2022 auf 5,7 % in 2023 und in Baden-Württemberg von 3,6 % auf 4,0 %. Gleichzeitig haben Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in den Jahreswerten etwas zugenommen. Die gemeldete Nachfrage nach neuen Mitarbeitern hat spürbar nachgelassen, ist aber weiterhin vergleichsweise hoch. Die konjunkturell bedingte Kurzarbeit lag im Jahresverlauf auf einem im langjährigen Vergleich moderaten Niveau.

Die Verbraucherpreise in Deutschland sind 2023 gemessen am Verbraucherpreisindex um 5,9 % im Durchschnitt gegenüber 2022 gestiegen. Zwar lagen sie damit unter dem historischen Höchststand des Jahres 2022 seit Einführung des Euros von 6,9 %, jedoch verharren die Preissteigerungsraten über dem 2 %-Ziel der Europäischen Zentralbank (EZB). Auch 2023 hat die EZB daher den Kampf gegen die anhaltend hohen Inflationsraten weitergeführt. Insgesamt hat die EZB im Berichtsjahr 2023 ihren Hauptrefinanzierungssatz um insgesamt 200 Basispunkte auf 4,50 % erhöht. Den Einlagensatz hat sie ebenfalls um insgesamt 200 Basispunkte auf 4,0 % erhöht.

Die Renditen für zehnjährige Bundesanleihen sind insbesondere im vierten Quartal 2023 per Saldo gesunken. Zum Schluss des Jahres 2022 lagen sie bei 2,51 %. Ende 2023 wurde für diese Benchmark eine Rendite von 2,02 % verzeichnet.

Auf den Immobilienmärkten wurde 2023 eine deutliche Preiskorrektur vollzogen. Die Zinswende übte einen Abwärtsdruck auf die Bewertung von Immobilien aus. Sowohl die Preise für Wohnimmobilien als auch die Preise für Bürogebäude waren 2023 rückläufig. Die Wohnungs- und Büromieten tendierten hingegen aufwärts. Die Bauinvestitionen sanken im dritten Jahr in Folge, 2023 noch einmal preisbereinigt um 2,1 %. Am stärksten war der Rückgang im Wohnungsbau und das trotz Wohnungsknappheit. 2023 wurden bundesweit 26,6 % weniger Baugenehmigungen für Wohnungen als 2022 erteilt; in Baden-Württemberg war ein Rückgang von 32,1 % zu verzeichnen. Bauunternehmen und Bauträger kämpfen mit massiv gestiegenen Baukosten und höheren Zinsen.

In der regionalen Wirtschaft gab es bis zum Jahresende 2023 große Unterschiede bei den Unternehmen hinsichtlich der Lagebewertung. Eine klare Trendwende war angesichts „durchwachsender“ Zahlen bei den Auftragseingängen und den eher verhalten eingeschätzten Geschäftsaussichten nicht erkennbar. Die regionalen Unternehmen belasten insbesondere die permanente Zunahme der Bürokratie, die abnehmende Inlandsnachfrage, der Fachkräftemangel und die steigenden Energie- und Rohstoffkosten.

Das regionale Tourismusgewerbe war mit dem Geschäftsjahr 2023 zufrieden. Die Ankünfte haben sich um 6,6 % auf 504.605 erhöht und die Übernachtungen um 4,0 %. Die Schlafgelegenheitenauslastung stieg von 40,9 % auf 41,8 %. Arbeitskosten, Fachkräftemangel sowie Energie- und Rohstoffpreise gehören aber weiter zu den besonders großen Herausforderungen der Branche.

Die Stimmung im regionalen Handwerk hat sich im Jahresverlauf 2023 abgekühlt. Rund ein Drittel der Unternehmen erwartet, dass sich die Geschäftslage im ersten Quartal 2024 verschlechtern wird. Besonders pessimistisch fällt der Ausblick im Bauhauptgewerbe aus. Mit dem Jahresabschluss 2023 waren die Betriebe mehrheitlich zufrieden, wenngleich der Vorjahreswert nicht erreicht wurde.

Der regionale Arbeitsmarkt wurde von der Agentur für Arbeit als schwierig bezeichnet. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist zwar um 0,8 % angestiegen. Die Arbeitslosigkeit wuchs im Kreis Freudenstadt jedoch um 15,4% deutlich an. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich im Jahresdurchschnitt auf 3,5 %, 2022 betrug sie noch 3,1 %. Die Quote lag damit weiterhin unter dem Landesdurchschnitt von 3,9 %. Ebenfalls stark angestiegen ist bis zum Jahresende 2023 die Zahl der Kurzarbeiter. Trotz allem werden im Landkreis in vielen Branchen aber weiterhin dringend Fachkräfte gesucht.

Branchenumfeld und rechtliche Rahmenbedingungen 2023

Das makrofinanzielle Umfeld ist von der Zinswende und einer erhöhten Unsicherheit geprägt. Dabei hat sich das seit 2022 gestiegene Zinsniveau, welches sich in 2023 invers entwickelte, sowohl auf der Aktiv- wie auch auf der Passivseite deutlich auf das Geschäft der Kreditinstitute ausgewirkt.

Im Aktivgeschäft verzeichneten die Kreditinstitute nach Angaben der Deutschen Bundesbank nur noch eine leichte Zunahme der Kredite an inländische Nichtbanken um 1,0 % von Dezember 2022 bis Dezember 2023, nach einem Anstieg um 6,5 % im Jahr 2022. Am Jahresende 2023 lag der Bestand an Unternehmenskrediten 1,1 % über dem Wert des Vorjahreszeitraums. Bei den Krediten an wirtschaftlich unselbstständige und sonstige Privatpersonen verzeichneten die Kreditinstitute ein Plus von 0,7 %. Die Kreditnachfrage privater Haushalte zum Erwerb von Wohneigentum entwickelte sich – nach dem Einbruch um gut 60 % im Jahresverlauf 2022 – weiterhin schwach.

Die Sparkassen in Baden-Württemberg verzeichneten nur eine geringfügige Zunahme des Kreditvolumens (1,8 %). Dieses Plus wurde von den Unternehmenskunden getragen (3,5 %), während das Privatkundengeschäft konstant blieb. Im Neugeschäft ging insbesondere die Nachfrage nach privaten Wohnungsbaukrediten im Vergleich zum Vorjahr zurück (-46,6 %).

Über mehrere Jahre hinweg hatten Niedrig- bzw. Negativzinsen und der Mangel an sicheren Anlagealternativen zu einem starken Anstieg der Sichteinlagen geführt. Im Zuge des steigenden Zinsniveaus kam es zu erheblichen Umschichtungen von Sichteinlagen zu Termingeldern und verzinsten Anlageprodukten, die sich im laufenden Jahr fortsetzen dürften. In Summe nahmen laut der Deutschen Bundesbank die Einlagen von Nichtbanken bei Kreditinstituten im Inland im Jahr 2023 um 2,0 % zu (2022: +4,1 %). Während die täglich fälligen Bankguthaben um 6,6 % zurückgingen, gab es deutliche Steigerungen bei Termineinlagen (+25,9 %).

Die Entwicklung bei den baden-württembergischen Sparkassen bewegte sich im Trend der gesamten Kreditwirtschaft. Insgesamt nahmen die Kundeneinlagen um 1,5 % leicht zu, bei gleichzeitig deutlichen zinsbedingten Umschichtungen von Sicht- und Spareinlagen (-16,2 %) zu Gunsten einer Vervierfachung von Termingeldern und Eigenemissionen.

Das nicht bilanzwirksame Kunden-Wertpapiergeschäft der baden-württembergischen Sparkassen hat sich in Folge des gestiegenen Zinsniveaus spürbar belebt und insbesondere zu einer höheren Nachfrage nach festverzinslichen Papieren geführt. Der gesamte Wertpapierumsatz erreichte 25 Mrd. EUR und lag damit fast ein Viertel über dem Vorjahreswert.

Nachdem die langandauernde Niedrigzinsphase die Ertragskraft der Kreditinstitute deutlich belastet hatte, führte die Zinswende der EZB zu einem spürbaren Anstieg der zentralen Ertragsquelle „Zinsüberschuss“ und machte sich 2023 positiv in der Ertragslage der Banken bemerkbar. Wie die Deutsche Bundesbank in ihrer Analyse der Ertragslage der deutschen Kreditinstitute hervorhebt, wird sich der Wertberichtigungsbedarf auf festverzinsliche Wertpapiere im Jahr 2023 voraussichtlich verringern, demgegenüber werden die Kreditinstitute voraussichtlich eine höhere Kreditvorsorge zu bilden haben.

Die Analyse für die Ertragsentwicklung in der Kreditwirtschaft im Allgemeinen gilt im Wesentlichen auch für die baden-württembergischen Sparkassen. Die Zinswende der EZB führte zu einem spürbaren Anstieg der zentralen Ertragsquelle „Zinsüberschuss“. Dagegen erhöhte sich der Verwaltungsaufwand be-

dingt durch die hohe Inflation deutlich. Vor dem Hintergrund der aktuellen Krisen ergibt sich ein steigendes Kreditrisiko, das sich in einer verstärkten Risikovorsorge für Kredite bei baden-württembergischen Sparkassen widerspiegelt.

Die stabile Entwicklung unserer Kundeneinlagen zeigt keine negativen Auswirkungen hinsichtlich des regionalen und überregionalen Wettbewerbs im Einlagengeschäft aufgrund gestiegener Zinsen.

Die Stabilität der Sparkassen-Finanzgruppe insgesamt ist durch das Verbundrating erneut bestätigt worden. Die Ratingagenturen Fitch (A+), DBRS (A high) und Moodys (Aa2) haben an ihren Einstufungen festgehalten.

Aufsichtsrechtliche Änderungen ergaben sich durch die Aktualisierung der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (7. MaRisk-Novelle) durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) im Juni 2023. Mit dieser Novelle wurden die Anforderungen an die Kreditvergabe und Überwachung sowie Regelungen zur Handhabung des Immobiliengeschäfts und der Nachhaltigkeitsrisiken angepasst bzw. ergänzt. Soweit die Änderungen der MaRisk klarstellenden Charakter hatten, trat die neue Fassung mit ihrer Veröffentlichung in Kraft. Für neue Anforderungen galt eine Übergangsfrist bis zum 1. Januar 2024. Dies bezog sich insbesondere auf die Regelungen zu den Immobiliengeschäften.

Insgesamt müssen sich die Kreditinstitute auf eine Fortsetzung der Regulierungspolitik der letzten Jahre sowie mittelfristig auf weiter erhöhte Eigenmittelanforderungen einstellen. So wurde beispielsweise am 15. Februar 2024 bereits die 8. MaRisk-Novelle von der BaFin zur Konsultation gestellt.

2.2 Bedeutsamste finanzielle Leistungsindikatoren

Als bedeutsamste finanzielle Leistungsindikatoren dienen in Übereinstimmung mit der sparkasseninternen Berichterstattung folgende Kennziffern:

- Betriebsergebnis vor Bewertung in % der DBS ¹
- Cost-Income-Ratio ²
- Gesamtkapitalquote nach CRR ³

¹ Betriebsergebnis vor Bewertung in % der DBS =

Zins- und Provisionsüberschuss zuzüglich Saldo der sonstigen ordentlichen Erträge und Aufwendungen und abzüglich der Verwaltungsaufwendungen gemäß Abgrenzung des Betriebsvergleichs (bereinigt um neutrale und aperiodische Positionen) in % der DBS gemäß Betriebsvergleich

² Cost-Income-Ratio =

Verwaltungsaufwand in Relation zum Zins- und Provisionsüberschuss zuzüglich Saldo der sonstigen ordentlichen Erträge und Aufwendungen gemäß Abgrenzung des Betriebsvergleichs (bereinigt um neutrale und aperiodische Positionen)

³ Gesamtkapitalquote nach CRR =

Verhältnis der angerechneten Eigenmittel bezogen auf die risikobezogenen Positionswerte

2.3 Darstellung, Analyse und Beurteilung des Geschäftsverlaufs

	Bestand zum Jahresende		Veränderung ¹ Mio. EUR	Veränderung ¹ %	Anteil des Geschäftsvolumens ¹ %
	2023	2022			
	Mio. EUR	Mio. EUR			
Bilanzsumme	2.217,2	2.158,8	+58,4	+2,7	
DBS ²	2.178,8	2.182,0	-3,3	-0,2	
Geschäftsvolumen ³	2.243,1	2.182,8	+60,3	+2,8	100,0
Forderungen an Kreditinstitute	335,5	327,1	+8,4	+2,6	15,0
Forderungen an Kunden	1.238,7	1.211,6	+27,1	+2,2	55,2
Wertpapieranlagen ⁴	572,3	544,0	+28,3	+5,2	25,5
Beteiligungen / Anteilsbesitz	21,3	21,6	-0,3	-1,4	0,9
Sachanlagen	15,5	16,6	-1,1	-6,5	0,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	320,4	298,6	+21,7	+7,3	14,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.688,4	1.671,4	+17,0	+1,0	75,3
Rückstellungen	23,5	20,4	+3,1	+15,1	1,0
Eigenkapital	95,9	93,9	+2,1	+2,2	4,3
Bedeutendste finanzielle Leistungsindikatoren mit Bezug zur Bilanz:					
Gesamtkapitalquote gem. CRR	14,0%	14,4%			

2.3.1 Bilanzsumme und Geschäftsvolumen

Das Geschäftsvolumen (Bilanzsumme zzgl. Eventualverbindlichkeiten) hat sich gegenüber dem Vorjahr um 2,8 % erhöht, die Bilanzsumme ist entsprechend unserer Erwartung mit 2,7 % leicht angestiegen. Grund hierfür war insbesondere der deutliche Zuwachs im Interbankengeschäft und bei den Wertpapieranlagen.

2.3.2 Aktivgeschäft

2.3.2.1 Forderungen an Kreditinstitute

Der leichte Anstieg der Forderungen an Kreditinstitute ist vorrangig auf die täglich fälligen Forderungen zurückzuführen, welche sich durch die Nutzung der Einlagefazilität bei der Deutschen Bundesbank deutlich ausgeweitet haben.

2.3.2.2 Forderungen an Kunden

Infolge der Zinsentwicklung im Jahr 2023 war eine deutliche Reduzierung der Kreditnachfrage zu beobachten. Insgesamt konnte im Kundenkreditgeschäft aber, wie erwartet, ein moderates Wachstum verzeichnet werden. Zuwachsraten wurden jedoch ausschließlich im gewerblichen Bereich erreicht. Der Darlehensbestand von gewerblichen Kunden hat sich um 7,3 % deutlich erhöht, der von Privatpersonen hat sich dagegen bis Jahresende mit 4,3 % leicht reduziert. Zu berücksichtigen ist dabei jedoch, dass das Neugeschäft „Konsumentenkredit“ an die S-Kreditpartner GmbH vermittelt wird.

¹ Die Veränderungen sowie die Anteile am Geschäftsvolumen wurden auf Basis der ungerundeten Werte berechnet

² Durchschnittsbilanzsumme in der Abgrenzung des Betriebsvergleichs

³ Geschäftsvolumen = Bilanzsumme zzgl. Eventualverbindlichkeiten

⁴ Bilanzposition A5 und A6

Stark zugenommen hat 2023 der Bestand an Kontokorrentkrediten, der sich um 9,6 Mio. EUR oder 44,5 % auf 31 Mio. EUR erhöhte.

Es wurden insgesamt 51,0 Mio. EUR (im Vorjahr 47,9 Mio. EUR) zinsgünstige Darlehen aus öffentlichen Förderprogrammen vermittelt. Der größte Anteil entfiel auf Unternehmen und Existenzgründer, gefolgt von Privatkunden.

Die Darlehenszusagen reduzierten sich im Geschäftsjahr deutlich um 79 Mio. EUR oder 32 % auf 168,3 Mio. EUR.

2.3.2.3 Wertpapieranlagen

Die Wertpapieranlagen setzen sich sowohl aus „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ als auch „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ zusammen. Die festverzinslichen Anlagen dienen vor allem der Liquiditätsreserve und umfassen nahezu ausschließlich erstklassige Adressen, welche im Berichtszeitraum leicht um 20,1 Mio. EUR bzw. 4,7 % zunahmen. Der Bestand von „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“, welcher zu einem nennenswerten Anteil Anlagen in Immobilienfonds umfasst, erhöhte sich um 8,2 Mio. EUR bzw. 6,8 %; darin enthalten ist eine deutliche Erhöhung der geschlossenen Investmentvermögen in Höhe von 5,9 Mio. EUR bzw. 56,9%.

2.3.2.4 Beteiligungen / Anteilsbesitz

Im Geschäftsjahr 2023 ist das Volumen der Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen leicht gesunken. Die Veränderung ergab sich aus der Reduzierung von Pflichteinlagen der Beteiligung an der SI-BW Beteiligungs-GmbH & Co. KG.

2.3.3 Passivgeschäft

2.3.3.1 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich mit einem Zuwachs von 21,7 Mio. bzw. 7,3 % deutlich erhöht. Getragen ist diese Entwicklung durch eine Zunahme der Weiterleitungskredite bzw. ein stichtagsbezogener Bestandszuwachs von Verrechnungskonten.

2.3.3.2 Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr entsprechend unserer Prognose leicht mit einem Zuwachs in Höhe 1,0 %. Vor dem Hintergrund der unklaren wirtschaftlichen Entwicklung sowie der inversen Zinsstruktur bevorzugten unsere Kunden weiterhin eher kurzlaufende Anlageformen. Gefragt waren daher Termingeldanlagen und Sparkassenbriefe mit einer Laufzeit bis zu zwei Jahren. So erhöhten sich die Termingeldanlagen von 4,4 auf 108,3 Mio. EUR und die Sparkassenbriefe von 14,3 auf 208,9 Mio. EUR. Spareinlagen, Geldmarktkonten und Sichteinlagen reduzierten sich entsprechend ebenfalls deutlich.

2.3.4 Dienstleistungsgeschäft

Das Dienstleistungsgeschäft konnte entgegen der Prognose nicht gesteigert werden. Im Dienstleistungsgeschäft haben sich im Jahr 2023 folgende Schwerpunkte ergeben:

Zahlungsverkehr

Die Anzahl der Zahlungsverkehrskonten erhöhte sich um 1,9 % auf 55.758. Der Bestand an vermittelten Kreditkarten erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr deutlich um 12,1 % auf 16.235.

Vermittlung von Wertpapieren

Das auf Kundendepots unterhaltene Wertpapiervermögen stieg um 2,3 % auf einen Betrag von 516,4 Mio. EUR. Der Zuwachs war sowohl auf einen in 2023 positiven Nettoabsatz (Käufe überwiegen die Verkäufe) als auch auf positive Kursentwicklungen zurückzuführen. Insgesamt hat sich den Gesamtumsatz im Wertpapiervermittlungsgeschäft mit einem Plus von 24,9 % deutlich erhöht, darin enthalten ist ein Einzelverkauf eines Großkunden. Die Wertpapierprovisionen insgesamt konnten um 8,0 % gesteigert werden.

Immobilienvermittlung

Die Nachfrage nach Immobilien konzentrierte sich auf Einfamilienhäuser und Eigentumswohnungen. Es wurden insgesamt 39 Objekte vermittelt, was einen Rückgang gegenüber dem Vorjahr von 11,4 % bedeutet. Die rückläufigen Vermittlungen ist auf ein zurückhaltendes Kundenverhalten aufgrund des gestiegenen Zinsniveaus und höherer Baupreise zurückzuführen.

Vermittlung von Bausparverträgen und Versicherungen

Im Geschäftsjahr wurden insgesamt 629 Bausparverträge mit einem Volumen von insgesamt 47,2 Mio. EUR abgeschlossen, was einen Anstieg beim vermittelten Volumen gegenüber dem Vorjahr von 26,5 % bedeutet.

An Lebensversicherungen konnten 226 Verträge mit einer Beitragssumme von 9,0 Mio. EUR vermittelt werden, was eine Reduzierung der Anzahl um 5,8 %, und einer Steigerung der Beitragssumme von 4,1 % gegenüber dem Vorjahr bedeutet. An Sachversicherungen wurden 588 Verträge mit einer Beitragssumme von 211,1 TEUR vermittelt. Die Erhöhung der Beitragssumme gegenüber dem Vorjahr lag hier bei 1,2 %.

Vermittlung von Konsumentenkrediten

Die Vermittlung der Konsumentenkredite erfolgt hauptsächlich über die S-Kreditpartner GmbH. Im Jahr 2023 konnten 863 Kredite mit einem Volumen von 11,3 Mio. EUR vermittelt werden – ein Rückgang an Volumen von 22,6 % gegenüber dem Vorjahr.

Auslandsgeschäft

Im Auslandsgeschäft verzeichneten wir im Zahlungsverkehr eine rückläufige Entwicklung. Der Negativtrend ist sowohl bei den Privat- als auch Unternehmenskunden spürbar; insbesondere die rückläufige Entwicklung des Transaktionsvolumens eines einzelnen Firmenkunden macht sich beim Umsatzvolumen insgesamt (-33,9 %) als auch bei den Stückzahlen (-16,2 %) deutlich bemerkbar.

2.3.5 Derivate

Die derivativen Finanzinstrumente dienen nicht zu spekulativen Zwecken. Hinsichtlich der zum Jahresende bestehenden Geschäfte wird auf die Darstellung im Anhang verwiesen.

2.4 Darstellung, Analyse und Beurteilung der Lage

2.4.1 Vermögenslage

Die Vermögenslage der Sparkasse ist im Vergleich mit dem Verbandsdurchschnitt weiterhin gekennzeichnet von überdurchschnittlichen Anteilen bei den Wertpapieranlagen und Forderungen gegenüber Kreditinstituten sowie deutlich unterdurchschnittlichen Anteilen bei den Forderungen an Kunden. Die Forderungen gegenüber Kreditinstituten stiegen aufgrund der Nutzung der Einlagefazilität deutlich an, während sich die Barreserve hierdurch enorm verringerte. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich deutlich, was hauptsächlich auf die Zunahme der Weiterleitungsmittel zurückgeführt werden kann.

Sämtliche Vermögensgegenstände und Rückstellungen werden vorsichtig bewertet. Die Rückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt. Einzelheiten sind dem Anhang zum Jahresabschluss zu entnehmen. Für besondere Risiken des Geschäftszweigs der Kreditinstitute wurde zusätzlich Vorsorge in bedeutender Höhe getroffen. Stille Lasten bestehen in Form von mittelbaren Pensionsverpflichtungen aus der Zusatzversorgung der Beschäftigten und aus der Anwendung des gemilderten Niederstwertprinzips bei den Wertpapieren des Anlagevermögens.

Die zum Jahresende ausgewiesene Sicherheitsrücklage erhöhte sich durch die Zuführung des Bilanzgewinns 2022. Insgesamt weist die Sparkasse inklusive des Bilanzgewinns 2023 ein Eigenkapital von 95,9 Mio. EUR (Vorjahr 93,9 Mio. EUR) aus. Neben der Sicherheitsrücklage verfügt die Sparkasse über umfangreiche weitere aufsichtsrechtliche Eigenkapitalbestandteile. So beträgt der Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB insgesamt 83,1 Mio. EUR.

Die Eigenkapitalanforderungen der CRR wurden jederzeit eingehalten. Die Gesamtkapitalquote gemäß Art. 92 CRR (bedeutsamster finanzieller Leistungsindikator) übertrifft am 31. Dezember 2023 mit 14,03 % (im Vorjahr: 14,40 %) die aufsichtlichen Mindestanforderungen von 8,0 % gemäß CRR zuzüglich eines SREP-Zuschlags, sowie den kombinierten Kapitalpufferanforderungen. Zum 1. Februar 2022 erhöhte sich der antizyklische Kapitalpuffer von null auf 0,75 % der risikogewichteten Positionswerte. Zudem wurde ein Systemrisikopuffer von 2,00 % für den Wohnimmobiliensektor eingeführt. Beide Kapitalpufferanforderungen sind seit dem 1. Februar 2023 zu erfüllen. Zudem können wir die von der Aufsicht festgelegte den Kapitalerhaltungspuffer übersteigenden Anteil der Eigenmittelempfehlung zur Abdeckung von Risiken in Stresssituationen vorhalten. Die anrechnungspflichtigen Positionen zum 31. Dezember 2023 betragen 1.245,9 Mio. EUR und die aufsichtlich anerkannten Eigenmittel 174,8 Mio. EUR.

Auch die harte Kernkapitalquote und die Kernkapitalquote übersteigen die aufsichtlich vorgeschriebenen Werte deutlich. Die Kernkapitalquote beläuft sich zum 31. Dezember 2023 auf 12,86 % der anrechnungspflichtigen Positionen nach CRR.

Der für 2023 prognostizierte leichte Rückgang der Gesamtkapitalquote nach CRR auf 14,20 % war nochmals geringfügig stärker als erwartet. Der Rückgang ist nochmals auf einen höheren Gesamtrisikobetrag zurückzuführen, hauptsächlich getragen durch das Wachstum im Kreditgeschäft.

Die Verschuldungsquote (Verhältnis des Kernkapitals zur Summe der bilanziellen und außerbilanziellen Positionen) beträgt am 31. Dezember 2023 8,37 % und liegt damit über der aufsichtlichen Mindestanforderung von 3,0 % sowie im Rahmen der prognostizierten Bandbreite.

Auf Grundlage unserer normativen Risikotragfähigkeit bis zum Jahr 2026 ist auch weiterhin eine Übererfüllung der aufsichtlichen Anforderungen an die Eigenmittelausstattung als Basis für die geplante zukünftige Geschäftsausweitung vorhanden.

2.4.2 Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im abgelaufenen Geschäftsjahr aufgrund einer angemessenen Liquiditätsvorsorge jederzeit gegeben. Die Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio - LCR) lag mit 148,3 % bis 211,3 % jederzeit oberhalb des ab dem Jahr 2018 zu erfüllenden Mindestwerts von 100 %. Die LCR-Quote lag zum 31. Dezember 2023 bei 211,3 %. Die strukturelle Liquiditätsquote (Net-Stable Funding Ratio – NSFR) lag in einer Bandbreite von 129,6 % bis 135,2 %; damit wurde die aufsichtliche Mindestquote von 100,0 % durchgängig eingehalten. Die NSFR-Quote lag zum 31. Dezember 2023 bei 135,2 %. Zur Erfüllung der Mindestreservevorschriften wurden Guthaben bei der Deutschen Bundesbank geführt. Kredit- und Dispositionslinien bestehen bei der Deutschen Bundesbank und der Landesbank Baden-Württemberg.

Nach unserer Finanzplanung ist die Zahlungsfähigkeit auch für die absehbare Zukunft gesichert.

2.4.3 Ertragslage

Die wesentlichen Erfolgskomponenten der Gewinn- und Verlustrechnung laut Jahresabschluss sind in der folgenden Tabelle aufgeführt. Die Erträge und Aufwendungen sind nicht um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt.

	2023	2022	Veränderung	Veränderung
	Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%
Zinsüberschuss ¹	+40,0	+29,4	+10,6	+36,1
Provisionsüberschuss ²	+12,2	+12,7	-0,5	-3,8
Sonstige betriebliche Erträge ³	+1,2	+1,3	-0,1	-8,3
Personalaufwand	-17,7	-17,8	-0,1	-0,7
Anderer Verwaltungsaufwand	-11,0	-10,1	+0,9	+9,0
Sonstige betriebliche Aufwendungen ⁴	-1,7	-1,7	-0,1	-5,3
Ergebnis vor Bewertung und Risikovorsorge ⁵	+22,9	+13,7	+9,1	+66,6
Aufwand aus Bewertung und Risikovorsorge ⁶	+1,5	-10,5	-12,1	-114,4
Zuführung in Fonds für allgemeine Bankrisiken	-16,6	+0,0	-16,6	-
Ergebnis vor Steuern	+7,8	+3,2	+4,6	+144,6
Steueraufwand	-5,7	-2,7	-3,1	-114,6
Jahresüberschuss	+2,1	+0,5	+1,5	+ 300,1
Bedeutendste finanzielle Leistungsindikatoren				
Betriebsergebnis vor Bewertung in % der DBS ⁷	1,07%	0,65%		+0,42%
Cost-Income-Ratio ⁸	54,8	65,5		-10,7

¹ Zinsüberschuss: GuV-Posten Nr. 1 bis 4

² Provisionsüberschuss: GuV-Posten Nr. 5 und 6

³ Sonstige betriebliche Erträge: GuV-Posten Nr. 8 und 20

⁴ Sonstige betriebliche Aufwendungen: GuV-Posten Nr. 11, 12, 17 und 21

⁵ Aufgrund der Darstellung in Mio. EUR ergibt sich gegenüber den tatsächlichen Werten eine Rundungsdifferenz

⁶ Aufwand aus Bewertung und Risikovorsorge: GuV-Posten Nr. 13 bis 16

⁷ Zins- und Provisionsüberschuss zuzüglich Saldo der sonstigen ordentlichen Erträge und Aufwendungen und abzüglich der Verwaltungsaufwendungen gemäß Abgrenzung des Betriebsvergleichs (bereinigt um neutrale und aperiodische Positionen) in % der Durchschnittsbilanzsumme gem. Betriebsvergleich

⁸ Verwaltungsaufwand in Relation zum Rohertrag (Zins- und Provisionsüberschuss) zuzüglich Saldo der sonstigen ordentlichen Erträge und Aufwendungen gemäß Abgrenzung des Betriebsvergleichs (bereinigt um neutrale und aperiodische Positionen)

Im Geschäftsjahr konnte der Zinsüberschuss mit einem Wert in Höhe von 40,0 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr, wie prognostiziert, deutlich übertroffen werden. Die Erhöhung des Zinsüberschusses ist auf eine erhebliche Verbesserung des Zinsertrages aus Eigen- und Kundengeschäften infolge des gestiegenen Zinsniveaus zurückzuführen.

Der Provisionsüberschuss ging entgegen unserer Erwartungen zurück. Ursächlich ist diese Entwicklung in erster Linie auf rückläufige Erträge aus dem Vermittlungsgeschäft insbesondere aus dem Auslands- und dem Immobiliengeschäft und der Vertriebsvergütung von Investmentanteilen zurückzuführen.

Der Saldo aus den sonstigen betrieblichen Erträgen und den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist im Berichtsjahr mit -0,5 Mio. EUR im Vergleich zum Vorjahr in Höhe von -0,4 Mio. EUR nahezu gleich ausgefallen.

Der Anstieg des Verwaltungsaufwandes (Summe aus Personalaufwand und anderer Verwaltungsaufwand) konnte wie angestrebt durch ein stringentes Kostenmanagement im Rahmen einer Mehrjahresplanung in Grenzen gehalten werden. Letztlich gab es einen Zuwachs von 0,8 Mio. EUR auf 28,7 Mio. EUR.

Bei der Risikovorsorge für das Kreditgeschäft kann – entgegen der Prognose – ein deutlich geringeres negatives Bewertungsergebnis ausgewiesen werden. Bei den eigenen festverzinslichen Wertpapieren sowie den weiteren Eigenanlagen in Aktien- und Immobilienfonds ergab sich ein über den Erwartungen hinausgehendes positives Bewertungsergebnis. Begründet ist dies in steigenden Kursen und den damit verbundenen Wertaufholungen im Wertpapierbestand.

Der Sonderposten nach § 340g HGB konnte 2023 entsprechend unserer Prognose mit 16,6 Mio. EUR weiter deutlich aufgestockt werden.

Für das Geschäftsjahr 2023 war ein um 3,1 Mio. EUR auf 5,7 Mio. EUR gestiegener Steueraufwand auszuweisen. Die Entwicklung beruht in erster Linie auf einen gestiegenen Körperschafts- und Gewerbesteueraufwand infolge einer deutlich verbesserten Ertragslage.

Die gemäß § 26a Absatz 1 Satz 4 KWG offen zu legende Kapitalrendite, berechnet als Quotient aus Nettogewinn (Jahresüberschuss) und Bilanzsumme, betrug im Geschäftsjahr 2023 0,09 %.

Zur Analyse der Ertragslage wird für interne Zwecke und für den überbetrieblichen Vergleich der bundeseinheitliche Betriebsvergleich der Sparkassenorganisation eingesetzt, in dem eine detaillierte Aufspaltung und Analyse des Ergebnisses unserer Sparkasse in Relation zur durchschnittlichen Bilanzsumme erfolgt. Zur Ermittlung eines Betriebsergebnisses vor Bewertung werden die Erträge und Aufwendungen um periodenfremde und außergewöhnliche Posten bereinigt, die in der internen Darstellung dem neutralen Ergebnis zugerechnet werden. Nach Berücksichtigung des Bewertungsergebnisses ergibt sich das Betriebsergebnis nach Bewertung. Unter Berücksichtigung des neutralen Ergebnisses und der Steuern verbleibt der Jahresüberschuss.

Auf dieser Basis beträgt das Betriebsergebnis vor Bewertung 1,07 % (Vorjahr 0,65 %) der durchschnittlichen Bilanzsumme des Jahres 2023; es lag damit deutlich über dem Durchschnitt der baden-württembergischen Sparkassen vergleichbarer Größenordnung. Der im Vorjahreslagebericht prognostizierte Wert von 0,65 % konnte deutlich überschritten werden.

Als weiteren bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikator wurde die Cost-Income-Ratio auf Basis der Betriebsvergleichswerte definiert. Im Jahr 2023 reduzierte sich die Kennzahl von 65,5% auf 54,8 % und liegt damit deutlich unterhalb des im Vorjahreslagebericht prognostizierten Wertes von 66,4%.

Unter den gegebenen wirtschaftlichen Bedingungen wird die Ertragslage vor dem Hintergrund des intensiven Wettbewerbs und des wirtschaftlichen Umfeldes als zufriedenstellend beurteilt.

2.4.4 Gesamtaussage zum Geschäftsverlauf und zur Lage

Vor dem Hintergrund der politischen und konjunkturellen Rahmenbedingungen sowie der Zinsentwicklung bewerten wir die Geschäftsentwicklung im abgelaufenen Jahr als zufriedenstellend. Die Entwicklung des Jahres 2023 verlief hinsichtlich des Betriebsergebnisses vor Bewertung deutlich besser als prognostiziert. Die Rentabilitätskennziffer Cost-Income-Ratio verbesserte sich deutlich um 10,7 %-Punkte auf 54,8 % und lag deutlich unterhalb des Prognosewertes, hauptsächlich durch den deutlich verbesserten Zinsüberschuss aufgrund des gestiegenen Zinsniveaus.

Aufgrund der gegenüber der Prognose deutlich geringeren Bewertungsaufwendungen aus dem Kreditgeschäft und dem positiven Bewertungsergebnis aus Wertpapieren konnte ein deutlich höheres Betriebsergebnis nach Bewertung ausgewiesen werden. Das Jahresergebnis und die dadurch ermöglichte Stärkung der Eigenmittel konnte gemäß der Prognose eingehalten werden – die Prognose konnte sogar deutlich übertroffen werden. Die prognostizierte Gesamtkapitalquote nach CRR i.H.v. 14,2 % wurde mit einem Wert von 14,0 % leicht unterschritten. Die aufsichtlichen Mindestanforderungen wurden dennoch übertroffen.

3 Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres zum 31. Dezember 2023 haben sich nicht ergeben.

4 Risikobericht

4.1 Risikomanagementsystem

Zur Sicherstellung der langfristigen Fortführung der Unternehmenstätigkeit auf Basis der eigenen Substanz und Ertragskraft setzt die Sparkasse ein Risikotragfähigkeitskonzept mit einer regelmäßigen Berechnung der Risikotragfähigkeit (**ökonomische Perspektive**) und einer Kapitalplanung (**normative Perspektive**) ein. Die Risikotragfähigkeit wird ergänzt um Stresstests, und es erfolgt eine prozessuale Verknüpfung mit den Strategien, der Risikoinventur und der Risikoberichterstattung. Erstmals zum 31. März 2023 wurden damit fristgerecht die Anforderungen der am 24. Mai 2018 veröffentlichten aufsichtlichen Leitlinien an bankinterne Risikotragfähigkeitskonzepte umgesetzt.

In der Geschäftsstrategie werden die Ziele des Instituts für jede wesentliche Geschäftstätigkeit sowie die Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele dargestellt. Die Risikostrategie umfasst die Ziele der Risikosteuerung der wesentlichen Geschäftsaktivitäten sowie die Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele.

Die **Risikoinventur** umfasst die systematische Identifizierung der Risiken sowie die Einschätzung der Wesentlichkeit unter Berücksichtigung der mit den Risiken verbundenen Risikokonzentrationen. Basis der Risikoinventur bilden die relevanten Risikoarten bzw. -kategorien.

Auf Grundlage der für das Geschäftsjahr 2023 durchgeführten Risikoinventur wurden folgende Risiken in der ökonomischen und der normativen Perspektive als wesentlich eingestuft:

Risikoart	Risikokategorie
Adressenausfallrisiken	Kundengeschäft
	Eigengeschäft
Marktpreisrisiken	Zinsänderungsrisiko
	Spreadrisiko
	Immobilienrisiko
Beteiligungsrisiken	Beteiligungsrisiko
Liquiditätsrisiken	Zahlungsunfähigkeitsrisiko
Operationelle Risiken	

Innerhalb der Risikoart Marktpreisrisiken ist die Risikokategorie „Strategische Investments“ aufgrund der Veräußerung (mit positivem Ergebnis) in Verbindung mit der bevorstehenden Fälligkeit eines Assets in 2023 in der Risikoinventur nicht mehr als wesentlich zu identifizieren. Bei der Risikokategorie „Aktienrisiko“ zeigt sich in der Risikoinventur ein unterhalb der Wesentlichkeitsschwelle liegender Risikowert.

Für die frühzeitige Identifizierung von wesentlichen Risiken sowie von risikoartenübergreifenden Effekten wurden Indikatoren abgeleitet, die auf **quantitativen oder qualitativen Merkmalen** basieren.

Ziel der Ermittlung der **Risikotragfähigkeit** in der **ökonomischen Perspektive** ist die Gewährleistung des Gläubigerschutzes. Die Sparkasse ermittelte zum 31. Dezember 2023 ein ökonomisches Risikodeckungspotenzial von 288,6 Mio. EUR. Das daraus abgeleitete Gesamtlimit von 184,0 Mio. EUR wurde auf die wesentlichen Risiken verteilt und so bemessen, dass eine angemessene Steuerung der Risiken ermöglicht wird. Die wesentlichen Risiken werden vierteljährlich bzw. jährlich ermittelt und den Limiten gegenübergestellt. Die bereitgestellten Limite reichten sowohl unterjährig als auch zum Bilanzstichtag aus, um die wesentlichen Risiken abzudecken.

Zur Berechnung des gesamtinstitutsbezogenen Risikos wurden für alle wesentlichen Risiken das Konfidenzniveau auf 99,9 % und der Risikobetrachtungshorizont auf ein Jahr rollierend festgelegt. Die Sparkasse berücksichtigt innerhalb des Marktpreisrisikos zwischen den Risikofaktoren Zinsen und Spreads, risikomindernde Diversifikationseffekte.

Das auf der Grundlage des bereitgestellten Risikodeckungspotenzials eingerichtete **Limitsystem** in der ökonomischen Perspektive stellt sich zum 31. Dezember 2023 wie folgt dar:

Risikoart	Risikokategorie	Limit	Anrechnung	
		TEUR	TEUR	%
Adressenausfallrisiken	Kundengeschäft	26.500	20.797	78,5
	Eigengeschäft	7.000	6.043	86,3
Marktpreisrisiken	Zinsänderungsrisiko	44.000	30.496	69,3
	Spreadrisiko	49.000	34.493	70,4
	Immobilienrisiko	22.500	15.411	68,5
Beteiligungsrisiken	Beteiligungsrisiko	22.000	20.301	92,3
Liquiditätsrisiken	Zahlungsunfähigkeitsrisiko	-	-	-
Operationelle Risiken		13.000	9.585	73,7

Die zuständigen Stellen bzw. Abteilungen steuern die Risiken im Rahmen der bestehenden organisatorischen Regelungen und der Limitvorgaben des Vorstands.

Ziel der Ermittlung der **Risikotragfähigkeit** in der **normativen Perspektive** ist die Fortführung der Sparkasse. Hierzu besteht ein zukunftsgerichteter **Kapitalplanungsprozess** bis zum Jahr 2026. Um einen Kapitalbedarf rechtzeitig identifizieren zu können, wurden Annahmen über die künftige Ergebnisentwicklung für das Planszenario sowie für ein adverses Szenario getroffen.

In der normativen Perspektive sind alle regulatorischen und aufsichtlichen Anforderungen sowie die darauf basierenden internen Anforderungen zu berücksichtigen. Relevante Steuerungsgrößen sind die Kernkapitalanforderung, die Gesamtkapitalanforderung (SREP-Gesamtkapitalanforderung, die kombinierte Pufferanforderung) und die Eigenmittelempfehlung sowie die Strukturanforderungen hinsichtlich des Kapitals, die Höchstverschuldungsgrenze und die Großkreditgrenze.

Für den betrachteten Zeitraum von drei Jahren können die aufsichtlichen Anforderungen im Planszenario vollständig erfüllt werden. Gleiches gilt im Falle der Betrachtung adverser Entwicklungen, in dem jedoch nur die harten Mindestkapitalanforderungen zwingend einzuhalten sind.

Die der Risikotragfähigkeit zu Grunde liegenden Annahmen sowie die Angemessenheit der Methoden und Verfahren werden jährlich überprüft und bei Bedarf angepasst (**Validierung**).

Die Sparkasse setzt zur **Steuerung** der Zinsänderungsrisiken derivative Finanzinstrumente (Swapgeschäfte) ein. Sie wurden in die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs einbezogen.

Stresstests werden ergänzend zur Risikotragfähigkeit durchgeführt. Ziel ist die Abbildung außergewöhnlicher aber plausibel möglicher Ereignisse über Szenario- und Sensitivitätsanalysen. Als Ergebnis

dieser Simulationen ist festzuhalten, dass auch bei unerwarteten Ereignissen die Risikotragfähigkeit gegeben ist. Der Stresstest für das hypothetische Szenario „Immobilienkrise aufgrund von Zinsanstieg“ zeigt für die Sparkasse die deutlichsten Risiken.

Auf die Art und Anzahl der Risikokonzentrationen wird in den einzelnen Kapiteln der Risikokategorien eingegangen.

Der Sicherung der Funktionsfähigkeit und Wirksamkeit von Steuerungs- und Überwachungssystemen (interne Kontrollverfahren) dienen neben eingerichteten Funktionstrennungen bei Zuständigkeiten und Arbeitsprozessen auch die Tätigkeiten der Risikocontrolling-Funktion, der Compliance-Funktion und der funktionsfähigen Internen Revision.

Die **Risikocontrolling-Funktion**, die aufbauorganisatorisch von Bereichen, die Geschäfte initiieren oder abschließen, getrennt ist, hat die Funktion, die wesentlichen Risiken zu identifizieren, zu beurteilen, zu überwachen und darüber zu berichten. Der Risikocontrolling-Funktion obliegt die Methodenauswahl, die Überprüfung der Angemessenheit der eingesetzten Methoden und Verfahren und die Errichtung und Weiterentwicklung der Risikosteuerungs- und -controllingprozesse. Zusätzlich verantwortet die Risikocontrolling-Funktion die Umsetzung der aufsichtsrechtlichen und gesetzlichen Anforderungen, die Erstellung der Risikotragfähigkeitsberechnung und die laufende Überwachung der Einhaltung von Risikolimiten. Sie unterstützt den Vorstand in allen risikopolitischen Fragen und ist an der Erstellung und Umsetzung der Risikostrategie maßgeblich beteiligt. Die für die Überwachung und Steuerung von Risiken zuständige Risikocontrolling-Funktion wird im Wesentlichen durch die Mitarbeiter des Geschäftsbereichs II der Abteilung Unternehmenssteuerung wahrgenommen. Die Leitung der Risikocontrolling-Funktion obliegt dem Leiter der Unternehmenssteuerung. Unterstellt ist er dem Vorstand des Geschäftsbereichs II.

Die **Compliance-Funktion** wirkt auf die Implementierung wirksamer Verfahren zur Einhaltung der für die Sparkasse wesentlichen rechtlichen Regelungen und Vorgaben und entsprechender Kontrollen hin. Ferner hat sie den Vorstand hinsichtlich der Einhaltung dieser rechtlichen Regelungen und Vorgaben zu unterstützen und zu beraten.

Die **Interne Revision** prüft und beurteilt risikoorientiert und prozessunabhängig die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements im Allgemeinen und des internen Kontrollsystems im Besonderen sowie die Ordnungsmäßigkeit grundsätzlich aller Aktivitäten und Prozesse. Sie ist dem Vorstand unmittelbar unterstellt und ihm gegenüber berichtspflichtig.

Verfahren zur Aufnahme von Geschäftsaktivitäten in **neuen Produkten oder auf neuen Märkten** (Neuprodukt-Prozess) sind festgelegt. Zur Einschätzung der Wesentlichkeit geplanter Veränderungen in der Aufbau- und Ablauforganisation sowie den IT-Systemen bestehen Definitionen und Regelungen.

Die turnusmäßige **Risikoberichterstattung** an den Vorstand umfasst den Gesamtrisikobericht und ergänzende Berichte zu den wesentlichen Risikoarten. Die Berichte enthalten neben quantitativen Informationen auch eine qualitative Beurteilung zu wesentlichen Positionen und Risiken. Auf besondere Risiken für die Geschäftsentwicklung und dafür geplante Maßnahmen wird gesondert eingegangen. Der Verwaltungsrat wird vierteljährlich über die Risikosituation informiert. Neben der turnusmäßigen Berichterstattung ist auch geregelt, in welchen Fällen eine Ad-hoc-Berichterstattung zu erfolgen hat.

4.2 Strukturelle Darstellung der wesentlichen Risiken

4.2.1 Adressenrisiko

Unter dem Adressenrisiko wird ein Verlust in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position verstanden, der durch eine Bonitätsverschlechterung einschließlich des Ausfalls eines Schuldners bedingt ist. Dabei wird das Adressenrisiko in das Ausfall- sowie das Migrationsrisiko eines Schuldners unterteilt.

Das Ausfallrisiko umfasst die Gefahr eines Verlustes, welcher aus einem drohenden bzw. vorliegenden Zahlungsausfall eines Schuldners entsteht.

Das Migrationsrisiko bezeichnet die Gefahr eines Verlustes, der sich dadurch ergibt, dass sich die Bonitätseinstufung (Rating) des Schuldners verändert hat.

Das Länderrisiko setzt sich zusammen aus dem bonitätsinduzierten Länderrisiko und dem Ländertransferrisiko. Das bonitätsinduzierte Länderrisiko im Sinne eines Ausfalls oder einer Bonitätsveränderung eines Schuldners ist Teil des Adressenrisikos im Kunden- und Eigengeschäft. Der Schuldner kann ein ausländischer öffentlicher Haushalt oder ein sonstiger Schuldner sein, der seinen Sitz im Ausland und somit in einem anderen Rechtsraum hat.

Die Messung des Adressenrisikos erfolgt in der ökonomischen Perspektive über eine Monte-Carlo-Simulation mithilfe der Anwendung Credit Portfolio View (CPV). Dabei wird die Wertentwicklung der einzelnen Geschäfte in einem jeweils spezifischen ökonomischen Umfeld simuliert. Zur Bewertung werden neben den Portfoliodaten der Sparkasse Risikoparameter (z. B. Ausfallzeitreihen, Korrelationen, Migrations- und Shiftmatrizen, Verwertungs-, Neubewertungs- und Einbringungsquoten) verwendet, die aus historischen Daten aller Sparkassen ermittelt wurden. Die Ergebnisse der simulierten Wertentwicklungen werden zu einer Wertänderungsverteilung zusammengeführt, woraus die Risikokennzahlen wie z. B. der Value-at-Risk abgeleitet werden. Die Risikomessung von Kunden- und Eigengeschäft erfolgt jeweils isoliert.

4.2.1.1 Adressenrisiko im Kundengeschäft

Das Adressenrisiko im Kundengeschäft umfasst einerseits die Gefahr eines Verlustes durch einen drohenden bzw. vorliegenden Zahlungsausfall eines originären Kredites sowie von Eventualverbindlichkeiten wie beispielsweise Avale (Ausfallrisiko). Andererseits umfasst es auch die Gefahr, dass Sicherheiten teilweise oder ganz an Wert verlieren und deshalb zur Absicherung der Kredite nicht ausreichen oder überhaupt nicht beitragen können (Sicherheitenverwertungs- und -einbringungsrisiko).

Teil des Adressenrisikos im Kundengeschäft ist auch die Gefahr, dass sich im Zeitablauf die Bonitätseinstufung (Ratingklasse) des Kreditnehmers ändert und damit ein möglicherweise höherer Spread gegenüber der risikolosen Zinskurve berücksichtigt werden muss (Migrationsrisiko).

Die Steuerung der Adressenrisikos im Kundengeschäfts erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie unter besonderer Berücksichtigung der Größenklassenstruktur, der Bonitäten, der Branchen, der gestellten Sicherheiten sowie des Risikos der Engagements.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Trennung zwischen Markt (1. Votum) und Marktfolge (2. Votum) bis in die Geschäftsverteilung des Vorstands
- regelmäßige Bonitätsbeurteilung und Beurteilung des Kapitaldienstes auf Basis aktueller Unterlagen
- Einsatz standardisierter Risikoklassifizierungsverfahren (Rating- und Scoringverfahren) in Kombination mit bonitätsabhängiger Preisgestaltung und bonitätsabhängigen Kompetenzen
- interne, bonitätsabhängige Richtwerte für Kreditobergrenzen, die unterhalb der Großkreditgrenzen des KWG liegen, dienen der Vermeidung von Risikokonzentrationen im Kundenkreditportfolio. Einzelfälle, die diese Obergrenze überschreiten, unterliegen einer verstärkten Beobachtung
- regelmäßige Überprüfung von Sicherheiten

- Einsatz eines Risikofrüherkennungsverfahrens, das gewährleistet, dass bei Auftreten von signifikanten Bonitätsverschlechterungen frühzeitig risikobegrenzende Maßnahmen eingeleitet werden können
- festgelegte Verfahren zur Überleitung von Kreditengagements in die Intensivbetreuung oder Sanierungsbetreuung
- Berechnung des Adressenrisikos für die Risikotragfähigkeit in der ökonomischen Perspektive mit dem Kreditrisikomodell „Credit Portfolio View“
- Kreditportfolioüberwachung auf Gesamthausebene mittels regelmäßigem Reporting

Zum 31. Dezember 2023 wurden 54,6 % des Bruttokundenkreditvolumens der zum Jahresende ausgelegten Kreditmittel an Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen vergeben, 39,3 % an wirtschaftlich unselbstständige und sonstige Privatpersonen.

Die regionale Wirtschaftsstruktur spiegelt sich auch im Kreditgeschäft der Sparkasse wider. Den Schwerpunktbereich bilden mit 15,1 % des Bruttokundenkreditvolumens die Ausleihungen an das „Grundstücks- und Wohnungswesen“ sowie an das „Kredit- und Versicherungsgewerbe“ mit 10,4 %. Darüber hinaus entfallen 9,9 % auf das „verarbeitende Gewerbe“.

Die Größenklassenstruktur zeigt insgesamt eine breite Streuung des Ausleihgeschäfts, jedoch sind strukturelle Risiken bei den Größenklassen vorhanden. 40,9 % des Bruttokundenkreditvolumens im Sinne des § 19 Abs. 1 KWG auf Kreditengagements mit einem Kreditvolumen bis 0,5 Mio. EUR entfallen. 25,7 % des Bruttokundenkreditvolumens im Sinne des § 19 Abs. 1 KWG betreffen Kreditengagements mit einem Kreditvolumen von mehr als 5,0 Mio. EUR und einem Gesamtvolumen in Höhe von 422,0 Mio. EUR. Im Kreditgeschäft mit Kunden waren acht Großkredite vorhanden.

Die Risikostrategie ist ausgerichtet auf Kreditnehmer mit guten Bonitäten bzw. geringeren Ausfallwahrscheinlichkeiten. Dies wird durch die Neugeschäftsplanung unterstützt. Zum 31. Dezember 2023 ergibt sich im Kundengeschäft gemäß risikotragendem Kundenkreditvolumen (Bruttokundenkreditvolumen abzgl. Kredite an „Öffentliche Haushalte“ und „kommunal verbürgte Kredite“) folgende Ratingklassenstruktur:

Ratingklasse	Anzahl in %	Volumen in %
1 bis 9	93,3	92,7
10 bis 15	5,6	5,8
16 bis 18	1,0	1,4

Das Länderrisiko ist für die Sparkasse von untergeordneter Bedeutung. Das an Kreditnehmer mit Sitz im Ausland ausgelegte Kreditvolumen einschließlich Wertpapiere betrug am 31. Dezember 2023 124,9 Mio. EUR bzw. 4,8 % des Gesamtkreditvolumens im Sinne des § 19 Abs. 1 KWG. Der hohe Anteil resultiert vorrangig aus Wertpapieren des Depot A und ist im Wesentlichen soliden Bonitäten innerhalb des Investment Grade zuzuordnen.

Risikokonzentrationen bestehen im Kreditportfolio derzeit nicht mit Ausnahme der Größenklassen. Insgesamt ist unser Kreditportfolio sowohl nach Branchen als auch nach Ratinggruppen gut diversifiziert.

Risikovorsorgemaßnahmen sind für alle Engagements vorgesehen, bei denen nach umfassender Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Kreditnehmer davon ausgegangen werden kann, dass es voraussichtlich nicht mehr möglich sein wird, alle fälligen Zins- und Tilgungszahlungen gemäß den vertraglich vereinbarten Kreditbedingungen zu vereinnahmen. Bei der Bemessung der Risikovorsorgemaßnahmen werden die voraussichtlichen Realisationswerte der gestellten Sicherheiten berücksichtigt. Für latente Risiken im Forderungsbestand wurden Pauschalwertberichtigungen gebildet. Der Vorstand wird

vierteljährlich über die Entwicklung der Strukturmerkmale des Kreditportfolios, die Einhaltung der Risikolimiten und die Entwicklung der notwendigen Vorsorgemaßnahmen für Einzelrisiken schriftlich unterrichtet. Eine Ad-hoc-Berichterstattung ergänzt bei Bedarf das standardisierte Verfahren.

Entwicklung der Risikovorsorge:

Art der Risikovorsorge	Anfangsbestand per 01.01.2023	Zuführung	Auflösung	Verbrauch	Endbestand per 31.12.2023
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Einzelwertberichtigungen	8.531	1.996	-704	-201	9.622
Rückstellungen	149	469	-48	0	570
Pauschalwertberichtigung	2.697	194	-15	0	2.876
Pauschale Rückstellungen	613	83	-45	0	651
Gesamt	11.990	2.742	-812	-201	13.719

Das Verfahren für die Bildung der Pauschalwertberichtigung ist im Anhang erläutert.

Der Risikovorsorgebestand hat sich in Folge von höheren Neubildungen bzw. Erhöhungen als Auflösungen insgesamt erhöht.

4.2.1.2 Adressenrisiko im Eigengeschäft

Das Adressenrisiko im Eigengeschäft umfasst die Gefahr eines Verlustes der aus einem drohenden bzw. vorliegenden Zahlungsausfall eines Emittenten oder eines Kontrahenten (Ausfallrisiko) resultiert, andererseits aus der Gefahr entsteht, dass sich im Zeitablauf die Bonitätseinstufung (Rating) des Schuldners ändert und damit ein möglicherweise höherer Spread gegenüber der risikolosen Zinskurve berücksichtigt werden muss (Migrationsrisiko). Dabei unterteilt sich das Kontrahentenrisiko in ein Wiedereindeckungsrisiko und ein Vorleistungs- und ein Erfüllungsrisiko. Zudem gibt es im Eigengeschäft das Risiko, dass die tatsächlichen Restwerte der Emissionen bei Ausfall von den prognostizierten Werten abweichen. Ferner beinhalten Aktien eine Adressenrisikokomponente. Diese besteht in der Gefahr einer negativen Wertveränderung aufgrund von Bonitätsverschlechterung oder Ausfall des Aktienemittenten.

Die Steuerung des Adressenrisikos des Eigengeschäfts erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie unter besonderer Berücksichtigung der Größenklassenstruktur, der Bonitäten, der Branchen sowie des Risikos der Engagements.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Festlegung von Limiten je Partner (Emittenten- und Kontrahentenlimite)
- Regelmäßige Bonitätsbeurteilung der Vertragspartner anhand von externen Ratingeinstufungen sowie eigenen Analysen
- Berechnung des Adressenrisikos für die Risikotragfähigkeit in der ökonomischen Perspektive mit dem Kreditrisikomodell „Credit Portfolio View“

Im Eigengeschäft waren sieben Großkredite vorhanden. Die mit Adressenrisiken behafteten Eigengeschäfte umfassen zum Bilanzstichtag ein Volumen (Marktwerte) von 782,7 Mio. EUR. Die Positionen unterteilen sich in Schuldverschreibungen und Anleihen (437,6 Mio. EUR), Schuldscheindarlehen und Tages-/Termingelder (322,9 Mio. EUR) sowie Investmentfonds und ein strategisches Investment (22,2 Mio. EUR).

Dabei zeigt sich nachfolgende Ratingverteilung:

Externes Rating Standard & Poor's	AAA bis BBB+	BBB bis BBB-	BB+ bis BB-	B+ bis C	Ausfall	Unge- ratet
31.12.2023	714,4	66,5	1,8	0,0	0,0	0,0
31.12.2022	662,9	70,8	0,0	0,0	0,0	0,0

Die direkt durch die Sparkasse gehaltenen Wertpapiere verfügen zu 99,8 % über ein Rating innerhalb des Investment-Grades (BBB- oder besser).

Das Länderrisiko ist für die Sparkasse von untergeordneter Bedeutung.

Konzentrationen bestehen hinsichtlich der Forderungen an Landesbanken, die zum Jahresende rund 271,5 Mio. EUR ergaben. Diese Konzentration ergibt sich als Folge der Mitgliedschaft in der Sparkassen-Finanzgruppe. Zu berücksichtigen sind dabei auch das institutsbezogene Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe sowie die Beteiligungen, von denen ein hoher Anteil auf Gesellschaften der Sparkassen-Finanzgruppe entfallen.

4.2.2 Marktpreisrisiko

Das Marktpreisrisiko wird definiert als Verlust in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welcher sich aus der Veränderung von Risikofaktoren ergibt.

Die Sparkasse nutzt die Standardparameter der SR. Die Bereitstellung der Standardparameter erfolgt durch die Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH auf Basis eines Parameterreports, der über das SR-Portal vierteljährlich bereitgestellt wird. Die Standardparameter für die Risikofaktoren Rendite, Zins und Spread werden vierteljährlich aktualisiert.

Die Steuerung der Marktpreisrisiken erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie unter besonderer Berücksichtigung der festgelegten Limite und der Anlagerichtlinien für Investmentfonds.

4.2.2.1 Zinsänderungsrisiko

Das Zinsänderungsrisiko wird definiert als die Gefahr eines Verlustes in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welcher sich aus der Veränderung der risikolosen Zinskurve ergibt. In einer periodischen Sicht bzw. in der normativen Perspektive können sich Veränderungen im Zinsüberschuss, im Bewertungsergebnis Wertpapiere sowie aus einer Bildung bzw. Veränderung einer Drohverlustrückstellung im Rahmen der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs gemäß IDW RS BFA 3 n. F. ergeben. Schwankungen im Zinskonditionsbeitrag sind in die Betrachtung des Zinsänderungsrisikos in der normativen Perspektive integriert.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Periodische Steuerung und normative Perspektive: Berechnungen auf Basis verschiedener Zinsszenarien mittels der IT-Anwendung „Integrierte Zinsbuchsteuerung Plus“. Betrachtung des laufenden Geschäftsjahres und der drei Folgejahre bei der Bestimmung der Auswirkungen auf das handelsrechtliche Ergebnis.
- Ökonomische Perspektive: Ermittlung des Value-at-Risk auf Basis des Varianz-Kovarianz-Ansatzes mittels der von der S-Rating und Risikosysteme GmbH entwickelten IT-Anwendung „MPR“. Die Parameter der Normalverteilung werden aus historischen Daten geschätzt. Unter Berücksichtigung ihrer Portfoliostruktur wurde der Delta-Gamma-Ansatz ausgewählt.
- Ermittlung des Zinsrisikokoeffizienten und des Frühwarnindikators gemäß § 25a Abs. 2 KWG auf Basis des BaFin-Rundschreiben 6/2019 vom 6. August 2019.

- Steuerung des wertorientierten Zinsänderungsrisikos auf Basis des Varianz-Kovarianz-Ansatzes, wobei die Sparkasse den VaR als Differenz zwischen dem statistischen Erwartungswert (Mittelwert) und dem Quantilswert des Konfidenzniveaus am Planungshorizont definiert, für die monatliche Risikomessung mit einem Konfidenzniveau von 95,0 % und dem Risikobetrachtungshorizont von 3 Monaten. Zur Beurteilung des Zinsänderungsrisikos orientiert sich die Sparkasse an einer definierten Benchmark (angelehnt an die Struktur des gleitenden 10-Jahresdurchschnitts).
- Berücksichtigung der Risiken aus Fondsanlagen nach dem Durchschauprinzip

Im Rahmen der Gesamtbanksteuerung wurden zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken neben bilanzwirksamen Instrumenten auch derivative Finanzinstrumente in Form von Zinsswaps aufgebaut (vgl. Angaben im Anhang zum Jahresabschluss).

Die Auswirkungen eines Zinsschocks um + bzw. - 200 Basispunkte auf den Barwert der zinstragenden Geschäfte des Anlagebuchs stellen sich zum 31. Dezember 2023 wie folgt dar:

	Zinsänderungsrisiken	
	Barwertveränderung	
	+ 200 Basispunkte	- 200 Basispunkte
TEUR	-22.723	23.716
in % der Eigenmittel	13,00	13,57

Der erneut starke Zinsanstieg im Jahr 2023 führte zu deutlich gesunkenen Bar- und Marktwerten zinstragender Geschäfte, die in die Bewertung des Zinsbuchs gemäß IDW RS BFA 3 n. F. eingehen. Weitere Zinsanstiege erhöhen das Risiko eines Verpflichtungsüberschusses deutlich und damit das Risiko zur Bildung einer Drohverlustrückstellung in künftigen Jahresabschlüssen.

4.2.2.2 Spreadrisiko

Das Spreadrisiko wird definiert als die Gefahr eines Verlustes in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welcher sich aus der Veränderung von Spreads bei gleichbleibendem Rating ergibt. Dabei wird unter einem Spread die Differenz zu einer risikolosen Zinskurve verstanden. Der Spread ist unabhängig von der zu Grunde liegenden Zinskurve zu sehen, d. h. ein Spread in einer anderen Währung wird analog einem Spread in Euro behandelt.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Periodische Steuerung und normative Perspektive: Berechnungen auf Basis verschiedener Spreadszenarien mittels der IT-Anwendung MPR innerhalb der Anwendung GBS
- Ökonomische Perspektive: Ermittlung des Value-at-Risk auf Basis des Varianz-Kovarianz-Ansatzes mittels der IT-Anwendung „MPR“. Die Parameter der Normalverteilung werden aus historischen Daten geschätzt. Unter Berücksichtigung ihrer Portfoliostruktur wurde der Delta-Gamma-Ansatz ausgewählt.
- Berücksichtigung von Risiken aus Fonds nach dem Durchschauprinzip
- Anrechnung der ermittelten Risiken auf die bestehenden Risikolimit

Als Risikokonzentration wurde eine Größenkonzentration bei den Spreadklassen 11 (FIN-A) und 12 (FIN-BBB) hinsichtlich der Anlage bei KI-Financials identifiziert. Zu Begrenzung der Risikokonzentration ist gemäß Ausführungen der Risikostrategie eine Ausweitung des Aktivvolumens nur durch das originäre

Kundenkreditgeschäft bzw. im Rahmen der geplanten Zielwerte der Asset-Allokation vorgesehen. Darüber hinaus bestehen Mindestratingvorgaben und Volumenobergrenzen für Wertpapieranlagen im Depot A.

4.2.2.3 Immobilienrisiko

Das Immobilienrisiko wird definiert als die Gefahr eines Verlustes in einer bilanziellen oder außerbilanziellen Position, welche sich aus der Veränderung von Marktwerten von Immobilien ergibt. Immobilieninvestitionen umfassen sowohl Direktinvestitionen als auch indirekte Investitionen (Immobilienfonds, Beteiligung an Immobiliengesellschaften).

In der normativen Perspektive umfasst das Immobilienrisiko darüber hinaus das Mietertragsrisiko aus eigenen, fremdgenutzten Immobilien.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Periodische Ermittlung und normative Perspektive: Berechnungen auf Basis unterschiedlicher Annahmen. Betrachtung des laufenden Geschäftsjahres und der drei Folgejahre bei der Bestimmung der Auswirkungen auf das handelsrechtliche Ergebnis.
- Ökonomische Perspektive: Ermittlung des Value-at-Risk auf Basis des Varianz-Kovarianz-Ansatzes mittels der IT-Anwendung „caballito“.
- Anrechnung der ermittelten Risiken auf die bestehenden Risikolimits

Immobilienfonds werden in einem vertretbaren Umfang in Höhe von 86,0 Mio. EUR (Buchwert) gehalten. Die größte von sechs enthaltenen Nutzungsarten stellen deutsche Büroimmobilien dar. Besondere Risiken sind aus den Anlagen derzeit nicht erkennbar.

4.2.2.4 Beteiligungsrisiko

Das Beteiligungsrisiko umfasst die Gefahr eines Verlustes durch eine negative Wertänderung einer Beteiligung.

Die Steuerung der Verbundbeteiligungsrisiken erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Rückgriff auf das Beteiligungscontrolling des Sparkassenverbandes Baden-Württemberg für die Verbundbeteiligungen
- In der normativen Perspektive wird die Auswirkung auf aufsichtliche Quoten durch Beteiligungen berücksichtigt.
- Ökonomische Perspektive: Ermittlung des Value-at-Risk auf Basis einer Szenarioanalyse

Das Beteiligungsportfolio besteht vorwiegend aus strategischen Beteiligungen innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe.

Daneben bestehen weitere Beteiligungen die unter Risikogesichtspunkten und zur Diversifizierung gehalten werden.

Eine Risikokonzentration besteht hinsichtlich der LBBW.

4.2.3 Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko setzt sich allgemein aus dem Zahlungsunfähigkeits- und dem Refinanzierungskostenrisiko zusammen. Das Liquiditätsrisiko umfasst in beiden definierten Bestandteilen auch das Marktliquiditätsrisiko. Dieses ist das Risiko, dass aufgrund von Marktstörungen oder unzulänglicher Markttiefe Finanztitel an den Finanzmärkten nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt und/oder nicht zu fairen Preisen gehandelt werden können.

Das Zahlungsunfähigkeitsrisiko stellt die Gefahr dar, Zahlungsverpflichtungen nicht in voller Höhe oder nicht fristgerecht nachzukommen.

Das Refinanzierungskostenrisiko ist gemäß den Erkenntnissen aus der Risikoinventur als nicht wesentlich eingestuft.

Die Steuerung der Liquiditätsrisiken erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Regelmäßige Ermittlung und Überwachung der Liquiditätsdeckungsquote (Liquidity Coverage Ratio, LCR)
- Regelmäßige Ermittlung und Überwachung der strukturellen Liquiditätsquote (Net Stable Funding Ratio, NSFR)
- Regelmäßige Ermittlung der Survival Period und Festlegung einer Risikotoleranz
- Diversifikation der Vermögens- und Kapitalstruktur
- Regelmäßige Erstellung von Liquiditätsübersichten auf Basis einer hausinternen Liquiditätsplanung, in der die erwarteten Mittelzuflüsse den erwarteten Mittelabflüssen gegenübergestellt werden
- Tägliche Disposition der laufenden Konten
- Liquiditätsverbund mit Verbundpartnern der Sparkassen-Finanzgruppe
- Definition eines sich abzeichnenden Liquiditätsengpasses sowie eines Notfallplans
- Erstellung einer Refinanzierungsplanung
- Ökonomische Perspektive: Ermittlung des Value-at-Risk auf Basis des Varianz-Kovarianz-Ansatzes mittels der von der S-Rating und Risikosysteme GmbH entwickelten IT-Anwendung „RKR“. Der Risikowert beschreibt die Veränderung des Liquiditätsbarwerts bei veränderten Refinanzierungskosten, die aus veränderten Marktliquiditätspreisen resultieren. Die voraussichtliche Liquiditäts-spreadbindungsdauer der variabel verzinslichen Geschäfte wird über die Zinsmischungsverhältnisse abgebildet.

Unplanmäßige Entwicklungen, wie z. B. vorzeitige Kündigungen sowie Zahlungsunfähigkeit von Geschäftspartnern, werden dadurch berücksichtigt, dass im Rahmen der Stressszenarien sowohl ein Abfluss von Verbindlichkeiten gegenüber Kunden als auch eine erhöhte Inanspruchnahme offener Kreditlinien simuliert wird. An liquiditätsmäßig engen Märkten ist die Sparkasse nur in geringem Umfang investiert.

Im kombinierten Stressfall beträgt die Survival Period der Sparkasse zum Bilanzstichtag länger als 6 Monate.

Eine Risikokonzentration besteht aufgrund des hohen Bestands an kurzfristig abrufbaren Kundeneinlagen (Verbindlichkeiten gegenüber Kunden). Um diese Konzentration zu begrenzen, wurde in den Strategien daher auf die Stärkung der Kundenbindung hingewiesen. Zudem wurden Schwellenwerte für die jederzeitige Einhaltung der LCR definiert. Ein Prozess zur Beobachtung von Abflüssen der Kundeneinlagen wurde implementiert.

Die Zahlungsfähigkeit der Sparkasse war im Geschäftsjahr jederzeit gegeben.

4.2.4 Operationelles Risiko

Unter operationellen Risiken versteht die Sparkasse die Gefahr eines Verlustes durch Schäden, die in Folge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder in Folge externer Einflüsse eintreten können.

Die Steuerung der operationellen Risiken erfolgt entsprechend der festgelegten Strategie.

Der Risikomanagementprozess umfasst folgende wesentliche Elemente:

- Regelmäßige, jährliche Schätzung des operationellen Risiko auf Basis der szenariobezogenen Schätzung von risikorelevanten Verlustpotenzialen aus der IT-Anwendung „OpRisk-Szenarien“
- Systematische Sammlung und Analyse eingetretener Schadensfälle in einer Schadensfalldatenbank
- Periodische Steuerung und normative Perspektive: Abbildung im Plan- und adversen Szenario
- Ökonomische Perspektive: Ermittlung des Value-at-Risk auf Basis der IT-Anwendung „OpRisk-Schätzverfahren“ der SR. Die Sparkasse schätzt zunächst den Median ihrer eigenen Schadensfallhistorie. Dieser Median wird mit dem Median des OpRisk-Pools adjustiert und anschließend zur Ermittlung des Risikos mittels sog. q-Faktoren auf das gewünschte Konfidenzniveau skaliert. Die q-Faktoren werden aus Schadensfällen aller Sparkassen abgeleitet.
- Abschluss von Versicherungen
- Erstellung von Notfallplänen, insbesondere im Bereich der IT

Eine Risikokonzentration liegt aufgrund der ausgelagerten IT-Dienstleistungen gegenüber der Finanzinformatik vor.

4.2.5 Inter-Risikokonzentrationen

In der Sparkasse wurden darüber hinaus zwei risikoartenübergreifende Risikokonzentrationen identifiziert. Ausgehend von der Branche des „Grundstücks- und Wohnungswesens“ innerhalb des Adressenrisiko Kundengeschäft sind weitere Verflechtungen zum Beteiligungsrisiko und dem Marktpreisrisiko identifiziert worden. Eine weitere risikoartenübergreifende Risikokonzentration stellt sich ausgehend vom Beteiligungsrisiko bei der LBBW mit weiteren Verflechtungen zum Marktpreis- und Adressenrisiko dar.

4.3 Gesamtbeurteilung der Risikolage

Unser Haus verfügt über ein dem Umfang der Geschäftstätigkeit entsprechendes System zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der vorhandenen Risiken gemäß § 25a KWG. Mit den eingerichteten Risikosteuerungs- und -controllingprozessen können frühzeitig die wesentlichen Risiken identifiziert und gesteuert sowie Informationen an die zuständigen Entscheidungsträger weitergeleitet werden.

In 2023 bewegten sich die Risiken jederzeit innerhalb der vom Vorstand vorgegebenen Limite. Das Risikotragfähigkeitslimit (ökonomische Perspektive) war am Bilanzstichtag mit 74,5 % ausgelastet. Die Mindestanforderungen an die Einhaltung aufsichtlicher Kenngrößen der normativen Perspektive der Risikotragfähigkeit wurden sowohl im Planszenario als auch unter der Berücksichtigung adverser Entwicklungen vollständig erfüllt. Die Risikotragfähigkeit war und ist derzeit gegeben. Die durchgeführten Stress-tests zeigen, dass auch außergewöhnliche Ereignisse durch das vorhandene Risikodeckungspotenzial noch abgedeckt werden können.

Bestandsgefährdende und entwicklungsbeeinträchtigende Risiken sind nicht erkennbar.

Risiken der künftigen Entwicklung bestehen durch die Regulatorik und in weiteren starken Zinsanstiegen (u. a. Drohverlustrückstellung gemäß IDW RS BFA 3 n. F.). Im Hinblick auf die tendenziell weiter steigenden Eigenkapitalanforderungen und die durchgeführte Kapitalplanung (normative Perspektive) ist mittelfristig mit einer Einengung der Risikotragfähigkeit zu rechnen.

Die Sparkasse nimmt am Risikomonitoring des Sparkassenverbandes Baden-Württemberg teil. Die Erhebung erfolgt dreimal jährlich. Dabei werden die wichtigsten Risikomesszahlen auf Verbandsebene ausgewertet und die Entwicklungen beobachtet. Jede Sparkasse wird insgesamt bewertet und einer Monitoringsstufe zugeordnet. Die Sparkasse ist der besten Bewertungsstufe zugeordnet.

Insgesamt beurteilen wir unsere Risikolage unter Berücksichtigung der genannten Rahmenbedingungen als herausfordernd, jedoch beherrschbar.

5 Chancen- und Prognosebericht

5.1 Chancenbericht

Unser „Chancenmanagement“ ist in den jährlichen Strategieüberprüfungsprozess integriert.

Die Chance auf eine Stabilisierung bzw. Steigerung unserer Ertragskraft wollen wir durch die konsequente Umsetzung von Maßnahmen erreichen, welche im Rahmen regelmäßiger Strategietagungen erarbeitet werden. Außerdem investiert die Sparkasse in zukunftsweisende Informationstechnologien. Als Schlüsselthema der kommenden Jahre sieht die Sparkasse die weitere Intensivierung und Professionalisierung der Kundenkontakte. Das Ziel ist, sowohl in unseren KompetenzCentern, BeratungsCentern und Filialen als auch über unsere medialen und digitalen Vertriebskanäle passgenaue Kundenlösungen anzubieten.

Darüber hinaus sehen wir durch eine weitere Intensivierung der Arbeitsteilung mit unseren Verbundpartnern in der Sparkassen-Finanzgruppe die Möglichkeit, dem Wettbewerbs- und Rentabilitätsdruck zu begegnen. In diesem Zusammenhang arbeiten wir laufend daran, unsere Prozesse zu optimieren.

5.2 Prognosebericht

Die nachfolgenden Einschätzungen haben Prognosecharakter. Sie stellen unsere Einschätzungen der wahrscheinlichsten künftigen Entwicklung auf Basis der uns zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts zur Verfügung stehenden Informationen dar. Da Prognosen mit Unsicherheit behaftet sind bzw. sich durch die Veränderungen der zugrundeliegenden Annahmen als unzutreffend erweisen können, ist es möglich, dass die tatsächlichen künftigen Ergebnisse gegebenenfalls deutlich von den zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts getroffenen Erwartungen über die voraussichtlichen Entwicklungen abweichen. Zu diesen gehören insbesondere die Konjunktur-, Inflations- und Zinsentwicklung, die Entwicklung der Immobilienmärkte, aber auch geopolitische Krisen.

Der Prognosezeitraum umfasst das auf den Bilanzstichtag folgende Geschäftsjahr.

Als Risiken im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse negativen Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

Als Chancen im Sinne des Prognoseberichts werden künftige Entwicklungen oder Ereignisse gesehen, die zu einer für die Sparkasse positiven Prognose- bzw. Zielabweichung führen können.

5.2.1 Rahmenbedingungen

Nach dem Internationalen Währungsfonds (IWF) dürfte die Weltwirtschaft im laufenden Jahr um 3,1 % wachsen. Im Euroraum soll das Wirtschaftswachstum 2024 leicht anziehen auf 0,9 % nach 0,5 % im Jahr zuvor. Das deutsche Bruttoinlandsprodukt soll nach der Konjunkturprognose des ifo Instituts vom März 2024 im laufenden Jahr nur um 0,2 % wachsen; in Baden-Württemberg nach der Landesbank Baden-Württemberg um 0,1 %. Getrieben sind diese Werte von einem negativen statistischen Überhang aus 2023 und dem schwachen Jahresauftakt 2024. Getragen wird das Wachstum vor allem von einer unterstellten Erholung des privaten Konsums, der in 2024 preisbereinigt um 1,0 % zulegen könnte. Für die Lage bei den Bauinvestitionen und im Außenhandel bleibt eine Prognose für 2024 dagegen noch schwierig. Die konjunkturelle Schwäche wird den Beschäftigungsaufbau verlangsamen und die Arbeitslosigkeit zunächst weiter steigen lassen. Für die Arbeitslosenquote wird nach der Konjunkturprognose des ifo Instituts erwartet, dass diese in diesem Jahr mit durchschnittlich 5,9 % um 0,2 %-Punkte höher liegt als noch im Jahr 2023. Der weitgehend geräumte Arbeitsmarkt dürfte die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Gütermärkte mit einer Seitwärtsbewegung bei der Erwerbstätigkeit begleiten. Diese Prognosen stehen natürlich unter dem Vorbehalt, dass es nicht zu weiteren Verschärfungen bei den zahlreichen geostrategischen und politischen Konflikten kommt.

Die Inflationsraten dürften auch aufgrund gesunkener Energiepreise im laufenden Jahr weiter zurückgehen. In Deutschland ist mit einer Inflationsrate von 2,5 % zu rechnen. Nachdem die Notenbanken in 2023 weltweit zunächst ihren restriktiven Kurs fortgeführt hatten und in den vergangenen Monaten das Leitzinsniveau stabil gehalten haben, deuten sich nunmehr erste Tendenzen für Zinssenkungen der Zentralbanken im Jahr 2024 an.

Nach einem Ausblick der Deutschen Bundesbank wird erwartet, dass der zunehmende Wettbewerb im Einlagengeschäft, das schwache Kreditneugeschäft sowie steigende Verwaltungsaufwendungen durch notwendige Investitionen (u. a. zur Verhinderung von Cyberkriminalität und zur verstärkten Digitalisierung) die Ertragslage der nächsten Jahre belasten werden. Eine schwache gesamtwirtschaftliche Entwicklung könnte zusätzlich zu einem Anstieg von Kreditausfällen führen. Vor dem Hintergrund der angespannten wirtschaftlichen Gesamtsituation unterliegt die Einschätzung zur Entwicklung der Risikoversorge im Kreditgeschäft den gleichen Unsicherheiten wie die Prognose zur Wirtschaftsentwicklung.

Auf regionaler Ebene ist die Arbeitslosigkeit im Landkreis Freudenstadt in den ersten beiden Monaten des Jahres 2024 weiter angestiegen. Die Arbeitslosenquote auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen betrug im Februar 2024 3,9%; vor einem Jahr belief sie sich auf 3,3%. Die Daten entstammen einer Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Wir erwarten keine negativen Auswirkungen auf unsere Geschäftstätigkeit.

Weiterhin von Bedeutung ist in Bezug auf die regionale Konkurrenzsituation, dass eine Volksbank durch eine Veröffentlichung auf der Homepage angekündigt hat, mit einer weiteren Volksbank außerhalb des Landkreises fusionieren zu wollen, sofern die Vertreterversammlung zustimmt. Negative Auswirkungen auf unserer Geschäftstätigkeit sind derzeit nicht zu erwarten.

5.2.2 Geschäftsentwicklung

Abgeleitet aus der Bestandsentwicklung des Jahres 2023 rechnen wir bestenfalls mit einem moderaten Wachstum für unser Kundenkreditgeschäft, vorrangig aus dem Darlehensgeschäft gegenüber unseren Unternehmen.

Im Einlagengeschäft setzt sich der über Konditionen geführte Wettbewerb fort. Vor dem Hintergrund der erwarteten konjunkturellen Entwicklung erwarten wir für das Jahr 2024 bestenfalls ein leichtes Wachstum der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden.

Bei der Bilanzsumme erwarten wir aufgrund der vorgenannten Entwicklungen im Kredit- und Einlagengeschäft für das Folgejahr einen leichten Anstieg.

Im Dienstleistungsgeschäft gehen wir für 2024 von zunehmenden Erträgen aus dem Vermittlungsgeschäft aus.

5.2.3 Finanzlage

Aufgrund unserer vorausschauenden Finanzplanung gehen wir davon aus, dass auch im Prognosezeitraum die Zahlungsfähigkeit gewährleistet ist und die bankaufsichtlichen Anforderungen eingehalten werden können.

5.2.4 Ertrags- und Vermögenslage

Auf Basis von Betriebsvergleichszahlen rechnen wir aufgrund der Zinsstrukturkurve in Verbindung mit dem erhöhten Zinsniveau bei gleichzeitig ansteigenden Zinsen für die Kundeneinlagen mit einem deutlich rückläufigen Zinsüberschuss.

Beim Provisionsüberschuss, ausgehend von unserer Vertriebsplanung, die einen verstärkten Fokus auf das Vermittlungsgeschäft in Wertpapieren setzt, gehen wir von einem deutlichen Zuwachs aus.

Die deutlich steigenden Verwaltungskosten wollen wir durch ein stringentes Kostenmanagement in Grenzen halten.

Das Bewertungsergebnis im Kreditgeschäft ist aufgrund der konjunkturellen Entwicklung nur mit großen Unsicherheiten zu prognostizieren. Bei der Risikovorsorge für das Kreditgeschäft erwarten wir trotz einer weiterhin verstärkt risikoorientierten Kreditgeschäftspolitik ein deutlich steigendes negatives Bewertungsergebnis.

Aus den eigenen festverzinslichen Wertpapieren sowie den weiteren Eigenanlagen in Aktien- und Immobilienfonds rechnen wir aufgrund der hohen Volatilität an den Kapitalmärkten im vergangenen Jahr mit einem deutlich geringeren positiven Bewertungsergebnis.

Die intern festgelegte Verschuldungsquote (Verhältnis des Kernkapitals zur Summe der bilanziellen und außerbilanziellen Positionen) soll über der aufsichtlichen Mindestanforderung von 3,0 % liegen und wird zum 31. Dezember 2024 in der Bandbreite zwischen 3 % und 10 % prognostiziert.

Vor dem Hintergrund der dargestellten Erwartungen hinsichtlich der Entwicklung der Rahmenbedingungen erwarten wir zum 31. Dezember 2024 folgende Entwicklung unserer bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren:

Für das Betriebsergebnis vor Bewertung erwarten wir aufgrund der vorgenannten Entwicklungen einen Wert i.H.v. 0,71 % der jahresdurchschnittlichen Bilanzsumme.

Hinsichtlich des Rohertrags (Zins- und Provisionsüberschuss sowie des Saldos der sonstigen ordentlichen Erträge und Aufwendungen) erwarten wir aufgrund der vorgenannten Entwicklungen eine deutliche Verschlechterung der Cost-Income-Ratio auf 66,0 %.

Für die Gesamtkapitalquote erwarten wir für das Folgejahr eine deutliche Erhöhung auf 15,0 %, verursacht durch die deutlich verbesserte Thesaurierungsmöglichkeit aus dem Jahresüberschuss 2023, bedingt durch die positive Entwicklung des Zinsüberschusses und des Bewertungsergebnisses insgesamt.

Auf Basis des geplanten Betriebsergebnisses vor Bewertung und in Erwartung von insgesamt höheren Bewertungsaufwendungen gehen wir von einem deutlich geringeren Jahresergebnis aus. Daneben rechnen wir aufgrund der insgesamt rückläufigen Ertragslage mit einer gegenüber dem Vorjahr deutlich geringeren Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken.

Insbesondere bei einer weiteren konjunkturellen Abschwächung könnten sich gleichwohl weitere Belastungen für die künftige Ergebnis- und Kapitalentwicklung ergeben.

Des Weiteren können sich aufgrund regulatorischer Verschärfungen für die Finanzwirtschaft (Vereinheitlichung der Einlagensicherung, Basel IV-Regelungen, Meldewesen, etc.) weitere Belastungen ergeben, die sich auf die Ergebnis- und Kapitalentwicklung der Sparkasse negativ auswirken können.

5.3 Gesamtaussage

Die Prognose für das Geschäftsjahr 2024 lässt insgesamt einen positiven Ausblick erkennen, wenngleich das hinsichtlich Wettbewerbssituation und Zinslage schwieriger werdende Umfeld die Sparkasse weiter intensiv beschäftigen wird. Auch vor diesem Hintergrund arbeitet die Sparkasse intensiv daran, für unsere Kunden passgenaue Lösungen zu bieten und damit die eigene Wettbewerbsposition in der Region zu stärken. Wichtig dabei wird sein, die von Seiten der Kunden gewünschten Lösungen auf allen Kanälen anzubieten. Deshalb liegt der Fokus der Sparkasse auch darauf, die Kundennähe, neben der Präsenz in der Fläche, medial und digital kontinuierlich weiterzuentwickeln.

Unsere Perspektiven für das Geschäftsjahr 2024 beurteilen wir, in Bezug auf die von uns erwarteten Entwicklungen der Rahmenbedingungen und unserer bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren zusammengefasst als noch günstig.

Bei der prognostizierten Entwicklung der Ertragslage sollte eine Stärkung der Eigenmittel gesichert sein.

Aufgrund unserer vorausschauenden Finanzplanung gehen wir daher davon aus, dass auch im Prognosezeitraum die Risikotragfähigkeit und die Einhaltung aller bankaufsichtsrechtlichen Kennziffern durchgängig gewährleistet sind.

Freudenstadt, 24. Mai 2024

Der Vorstand

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023

der **Kreissparkasse Freudenstadt**

Sitz **Freudenstadt**

eingetragen beim

Amtsgericht **Stuttgart**

Handelsregister-Nr. **HRA 431131**

		EUR	EUR	EUR	31.12.2022 TEUR
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			11.606.328,13		13.212
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank			16.652.843,67		16.201
				28.259.171,80	29.413
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei der Deutschen Bundesbank zugelassen sind					
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen			0,00		0
b) Wechsel			0,00		0
				0,00	0
3. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			166.459.626,12		140.856
b) andere Forderungen			169.012.665,03		186.241
				335.472.291,15	327.096
4. Forderungen an Kunden				1.238.692.211,18	1.211.594
darunter:					
durch Grundpfandrechte gesichert	464.178.969,29	EUR			(446.624)
Kommunalkredite	78.793.210,73	EUR			(93.559)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		0,00			0
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00	EUR			(0)
ab) von anderen Emittenten		0,00			0
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00	EUR			(0)
			0,00		0
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		30.761.624,83			16.314
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	30.761.624,83	EUR			(16.314)
bb) von anderen Emittenten		413.132.559,09			407.522
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	293.648.140,95	EUR			(290.714)
			443.894.183,92		423.836
c) eigene Schuldverschreibungen			0,00		0
Nennbetrag	0,00	EUR			(0)
				443.894.183,92	423.836
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				128.417.657,41	120.188
6a. Handelsbestand				0,00	0
7. Beteiligungen				21.026.486,81	21.325
darunter:					
an Kreditinstituten	3.226.431,78	EUR			(3.226)
an Finanzdienstleistungsinstituten	1.000.000,00	EUR			(1.000)
an Wertpapierinstituten	0,00	EUR			(0)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen				226.000,00	226
darunter:					
an Kreditinstituten	0,00	EUR			(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	0,00	EUR			(0)
an Wertpapierinstituten	0,00	EUR			(0)
9. Treuhandvermögen				3.816.064,60	6.533
darunter:					
Treuhandkredite	3.816.064,60	EUR			(6.533)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch				0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte					
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte			0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			4.544,00		9
c) Geschäfts- oder Firmenwert			0,00		0
d) geleistete Anzahlungen			0,00		0
				4.544,00	9
12. Sachanlagen				15.496.501,57	16.570
13. Sonstige Vermögensgegenstände				1.799.235,93	2.011
14. Rechnungsabgrenzungsposten				71.957,68	16
Summe der Aktiva				2.217.176.306,05	2.158.818

Passivseite

	EUR	EUR	EUR	31.12.2022 TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		5.831.418,78		1.102
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		314.529.514,44		297.535
			320.360.933,22	298.637
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	216.580.785,55			296.023
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	50.756.134,87			92.750
		267.336.920,42		388.773
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	1.098.856.166,65			1.258.976
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	322.235.365,00			23.653
		1.421.091.531,65		1.282.630
			1.688.428.452,07	1.671.403
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		0,00		0
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		0,00		0
darunter:				
Geldmarktpapiere	0,00 EUR			(0)
			0,00	0
3a. Handelsbestand			0,00	0
4. Treuhandverbindlichkeiten			3.816.064,60	6.533
darunter:				
Treuhandkredite	3.816.064,60 EUR			(6.533)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			1.893.053,41	1.263
6. Rechnungsabgrenzungsposten			224.687,73	259
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		12.689.007,00		12.961
b) Steuerrückstellungen		3.588.720,04		502
c) andere Rückstellungen		7.179.151,69		6.922
			23.456.878,73	20.385
8. (weggefallen)				
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			0,00	0
10. Genusssrechtskapital			0,00	0
darunter:				
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	0,00 EUR			(0)
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			83.050.000,00	66.450
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		0,00		0
b) Kapitalrücklage		0,00		0
c) Gewinnrücklagen				
ca) Sicherheitsrücklage	93.887.025,37			93.372
		93.887.025,37		93.372
d) Bilanzgewinn		2.059.210,92		515
			95.946.236,29	93.887
Summe der Passiva			2.217.176.306,05	2.158.818
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechslen		0,00		0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen		25.938.436,69		23.957
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		0,00		0
			25.938.436,69	23.957
2. Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		0,00		0
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		0,00		0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		91.699.540,78		122.117
			91.699.540,78	122.117

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023**

	EUR	EUR	EUR	1.1.-31.12.2022 TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	36.190.994,03			24.090
darunter:				
abgesetzte negative Zinsen	2.000,00 EUR			(8)
aus der Abzinsung von Rückstellungen	6.726,97 EUR			(1)
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	6.012.433,24			2.458
darunter:				
abgesetzte negative Zinsen	0,00 EUR			(345)
		42.203.427,27		26.548
2. Zinsaufwendungen		8.483.068,37		2.225
darunter:				
abgesetzte positive Zinsen	37.367,94 EUR			(949)
aus der Aufzinsung von Rückstellungen	247.978,60 EUR			(253)
			33.720.358,90	24.323
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		4.026.596,73		3.154
b) Beteiligungen		2.207.255,18		1.878
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		0,00		0
			6.233.851,91	5.032
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			0,00	0
5. Provisionserträge		13.105.935,56		13.300
6. Provisionsaufwendungen		932.053,36		646
			12.173.882,20	12.654
7. Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands			0,00	0
8. Sonstige betriebliche Erträge			1.160.189,55	1.265
darunter:				
aus der Fremdwährungsumrechnung	95.942,60 EUR			(122)
9. (weggefallen)			53.288.282,56	43.274
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	13.417.764,23			12.987
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	4.253.769,10			4.806
darunter:				
für Altersversorgung	1.635.894,80 EUR			(2.319)
		17.671.533,33		17.794
b) andere Verwaltungsaufwendungen		10.999.468,77		10.093
			28.671.002,10	27.887
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			1.155.351,97	1.250
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			594.592,24	411
darunter:				
aus der Fremdwährungsumrechnung	6.592,04 EUR			(9)
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		0,00		10.331
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		1.661.281,25		0
			1.661.281,25	10.331
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		140.815,45		211
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		0,00		0
			140.815,45	211
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme		0,00		0
18. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken		16.600.000,00		0
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			7.787.802,05	3.184
20. Außerordentliche Erträge		0,00		0
21. Außerordentliche Aufwendungen		0,00		0
22. Außerordentliches Ergebnis			0,00	0
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		5.652.593,88		2.593
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen		75.997,25		76
			5.728.591,13	2.669
25. Jahresüberschuss			2.059.210,92	515
26. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr			0,00	0
			2.059.210,92	515
27. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Sicherheitsrücklage	0,00			0
b) aus anderen Rücklagen	0,00			0
			0,00	0
			2.059.210,92	515
28. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Sicherheitsrücklage	0,00			0
b) in andere Rücklagen	0,00			0
			0,00	0
29. Bilanzgewinn			2.059.210,92	515

Anhang

Allgemeine Angaben:

Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Eine Konsolidierung der Tochterunternehmen der Sparkasse wäre für die Verpflichtung, ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns zu vermitteln, von untergeordneter Bedeutung, da die Vermögenswerte aller Tochterunternehmen in Relation zur Bilanzsumme der Sparkasse und die Jahresergebnisse im Verhältnis zu den GV-Posten der Sparkasse unwesentlich sind. Die Sparkasse hat daher in Anwendung von § 296 Abs. 2 HGB auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses verzichtet.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden:

Forderungen an Kunden und Kreditinstitute (einschließlich Schuldscheine und Namensschuldverschreibungen) sind zum Nennwert bilanziert. Bei der Auszahlung von Darlehen einbehaltene Disagien sowie bezahlte Agien werden auf deren Laufzeit bzw. Festzinsbindungsdauer verteilt. Die auf künftige Rechnungsperioden entfallenden Zinsen und Gebühren für Darlehen wurden nach der Zinsstaffelmethode abgegrenzt und als Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen.

Für die im Rahmen unserer Kreditprozesse insbesondere zur Forderungsbewertung identifizierten akuten Ausfallrisiken werden Einzelwertberichtigungen gebildet. Die Höhe der Einzelwertberichtigung entspricht i. d. R. dem Blankokreditanteil des ausfallgefährdeten Kreditengagements. Sicherheiten werden dabei mit ihrem erwarteten Realisationswert berücksichtigt. Das latente Kreditrisiko ist durch Pauschalwertberichtigungen abgeschirmt. Die Berechnung erfolgt auf Basis der Grundsätze des IDW RS BFA 7. Hierbei wurde das Bewertungsvereinfachungsverfahren angewandt und der erwartete Verlust über einen Betrachtungszeitraum von zwölf Monaten ohne eine Anrechnung von Bonitätsprämien angesetzt. Die Berechnung des erwarteten Verlusts erfolgt mit der Anwendung, die in der internen Steuerung eingesetzt wird. Basis dieser Berechnung waren insbesondere die mit unseren Ratingverfahren auf Grundlage der Vergangenheit ermittelten Ausfallwahrscheinlichkeiten der Kreditnehmer für einen 12-Monatszeitraum und die im Rahmen der Kreditprozesse bewerteten Sicherheiten. Kreditnehmer, die im Rahmen der internen Risikosteuerung im Hinblick auf einen Ausfall als risikolos betrachtet werden, wurden auch für die handelsbilanzielle Betrachtung ausgeschlossen. Die Voraussetzungen für die Anwendung des vereinfachten Bewertungsverfahrens sind nach dem Ergebnis unserer Analysen gegeben. Die im Rahmen der Berechnung der Pauschalwertberichtigung verwendeten Modelle und Parameter spiegeln nach unserer Einschätzung die Risikosituation zum Abschlussstichtag ausreichend wider. Für die besonderen Risiken des Geschäftszweiges der Kreditinstitute wurde zusätzlich Vorsorge getroffen.

Die Wertpapiere der Liquiditätsreserve werden zu den Anschaffungskosten bzw. niedrigeren Kurswerten oder den niedrigeren beizulegenden Werten bilanziert (strenges Niederstwertprinzip); die Wertpapiere des Anlagevermögens werden zum gemilderten Niederstwertprinzip bewertet und die Buchwerte dieser Wertpapiere lagen teilweise nicht über deren Zeitwerten.

Für die Ermittlung des Bewertungskurses haben wir die Wertpapiere daraufhin untersucht, ob zum Bilanzstichtag ein aktiver Markt vorliegt. Für die Abgrenzung, ob ein aktiver Markt vorliegt, haben wir die Kriterien zugrunde gelegt, die in der MiFID II (Markets in Financial Instruments Directive - Richtlinie 2014/65/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014) für die Abgrenzung eines liquiden von einem illiquiden Markt festgelegt wurden. In den Fällen, in denen wir insoweit nicht von einem aktiven Markt ausgehen konnten, haben wir die Bewertung anhand von gerechneten Kursen des kursversorgenden Systems vorgenommen, denen unter Verwendung laufzeit- und risikoadäquater Zinssätze ein Discounted Cashflow-Modell zugrunde liegt.

Die Beteiligungen einschließlich der unter Bilanzposten Aktiva 6 ausgewiesenen Anteile an geschlossenen Investmentvermögen und Anteile an verbundenen Unternehmen wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Die immateriellen Anlagewerte und das Sachanlagevermögen werden mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der voraussichtlichen Nutzungsdauer in Anlehnung an die steuerlichen Abschreibungstabellen, bilanziert. Außerplanmäßige Abschreibungen werden bei voraussichtlich dauernder Wertminderung vorgenommen. Aus Vereinfachungsgründen werden bei den Sachanlagen in Anlehnung an die steuerlichen Regelungen Vermögensgegenstände von geringem Wert (bis 250 Euro) sofort als Sachaufwand erfasst und geringwertige Vermögensgegenstände (bis 1.000 Euro) in einen Sammelposten eingestellt und linear über einen Zeitraum von fünf Jahren abgeschrieben.

Die in den Sonstigen Vermögensgegenständen enthaltenen Forderungen und Vermögenswerte wurden mit dem Niederstwert bewertet.

Die Verbindlichkeiten werden mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt. Der Unterschied zwischen Erfüllungs- und Ausgabebetrag wird unter den Rechnungsabgrenzungen ausgewiesen.

Die Rückstellungen wurden in Höhe des Erfüllungsbetrags angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist; sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen.

Die Pensionsrückstellungen wurden unter Anwendung versicherungsmathematischer Grundsätze mit dem Anwartschaftsbarwertverfahren, unter Zugrundelegung der Richttafeln Heubeck 2018G ermittelt. Für die Abzinsung wurde der sich aus den vergangenen zehn Geschäftsjahren ergebende durchschnittliche Marktzinssatz von 1,83 % bei einer pauschal angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren verwendet. Die Erfolge aus der Änderung des Abzinsungssatzes seit dem letzten Abschlussstichtag werden im Personalaufwand ausgewiesen. Bei der Berechnung wurde ein Rententrend von jährlich 2,5 % berücksichtigt.

Aus der Berechnung der Rückstellungen mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Geschäftsjahre und der vergangenen sieben Geschäftsjahre ergibt sich ein Unterschiedsbetrag von 107 TEUR. Eine Ausschüttungssperre gemäß § 253 Abs. 6 HGB besteht nicht, da in Vorjahren bereits in entsprechender Höhe die Sicherheitsrücklage dotiert wurde.

Sparkassen haben ihren Arbeitnehmern Leistungen der betrieblichen Altersversorgung nach Maßgabe des „Tarifvertrags über die zusätzliche Altersvorsorge der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes - Altersvorsorge-TV-Kommunal (ATV-K)“ zugesagt. Um den anspruchsberechtigten Mitarbeitern die Leistungen der betrieblichen Altersversorgung gemäß ATV-K zu verschaffen, ist die Sparkasse Mitglied in der Zusatzversorgungskasse des Kommunalen Versorgungsverbands Baden-Württemberg (ZVK). Die ZVK finanziert die Versorgungsverpflichtungen im Umlage- und Kapitaldeckungsverfahren (Hybridfinanzierung). Hierbei werden im Rahmen eines Abschnittdeckungsverfahrens ein Umlagesatz und ein Zusatzbeitrag bezogen auf die Zusatzversorgungspflichtigen Entgelte der versicherten Beschäftigten ermittelt. Aus den Zusatzbeiträgen wird gemäß § 64 ZVK-Satzung innerhalb des Vermögens der ZVK ein separater Kapitalstock aufgebaut.

Die ZVK erhebt zusätzlich zur Deckung der im ehemaligen Gesamtversorgungssystem entstandenen Versorgungsansprüche ein Sanierungsgeld. Der Rechtsanspruch der versorgungsberechtigten Mitarbeiter zur Erfüllung des Leistungsanspruchs gemäß ATV-K richtet sich gegen die ZVK, während die Verpflichtung der Sparkasse ausschließlich darin besteht, der ZVK im Rahmen des mit ihr begründeten Mitgliedschaftsverhältnisses die erforderlichen, satzungsmäßig geforderten Finanzierungsmittel zur Verfügung zu stellen. Nach der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) in seinem Rechnungslegungsstandard IDW RS HFA 30 n. F. vertretenen Rechtsauffassung begründet die Durchführung der betrieblichen Altersversorgung bei einem externen Versorgungsträger wie der ZVK handelsrechtlich eine mittelbare Versorgungsverpflichtung. Die ZVK hat im Auftrag der Sparkasse den nach Rechtsauffassung des IDW (vgl. IDW RS HFA 30 n. F.) zu ermittelnden Barwert der auf die Sparkasse im umlagefinanzierten Abrechnungsverband entfallenden Leistungsverpflichtung zum 31. Dezember 2023 ermittelt. Unabhängig davon, dass es sich bei dem Kassenvermögen um Kollektivvermögen aller Mitglieder des umlagefinanzierten Abrechnungsverbandes handelt, ist es gemäß IDW RS HFA 30 n. F. für Zwecke der Angaben im

Anhang nach Art. 28 Abs. 2 EGHGB anteilig in Abzug zu bringen. Auf dieser Basis beläuft sich der gemäß Art. 28 Abs. 2 EGHGB anzugebende Betrag auf 35.966 TEUR. Der Barwert der auf die Sparkasse entfallenden Leistungsverpflichtung wurde in Anlehnung an die versicherungsmathematischen Grundsätze und Methoden (Anwartschaftsbarwertverfahren), die auch für unmittelbare Pensionsverpflichtungen angewendet wurden, unter Berücksichtigung einer gemäß Satzung der ZVK unterstellten jährlichen Rentensteigerung von 1% und unter Anwendung der Heubeck-Richttafeln RT 2005 G (in einer an den Bestand der ZVK angepassten Modifikation) ermittelt. Als Diskontierungszinssatz wurde gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB i. V. m. der Rückstellungsabzinsungsverordnung der auf Basis der vergangenen zehn Jahre ermittelte durchschnittliche Marktzinssatz von 1,82% verwendet, der sich bei einer pauschal angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Da es sich nicht um ein endgehaltbezogenes Versorgungssystem handelt, sind erwartete Gehaltssteigerungen nicht zu berücksichtigen. Die Daten zum Versichertenbestand der Versorgungseinrichtung per 31. Dezember 2023 liegen derzeit noch nicht vor, sodass auf den Versichertenbestand per 31. Dezember 2022 abgestellt wurde. Der gemäß Art. 28 Abs. 2 EGHGB anzugebende Betrag bezieht sich auf die Einstandspflicht der Sparkasse gemäß § 1 Abs. 1 Satz 3 BetrAVG, bei der die Sparkasse für die Erfüllung der zugesagten Leistung einzustehen hat (Subsidiärhaftung), sofern die ZVK die vereinbarten Leistungen nicht erbringt. Hierfür liegen gemäß der Einschätzung des Verantwortlichen Aktuars im Aktuar-Gutachten 2023 für die Sparkasse keine Anhaltspunkte vor. Vielmehr bestätigt der Verantwortliche Aktuar der ZVK in diesem Gutachten die Angemessenheit der rechnungsmäßigen Annahmen zur Ermittlung des Finanzierungssatzes und bestätigt auf Basis des versicherungsmathematischen Äquivalenzprinzips die dauernde Erfüllbarkeit der Leistungsverpflichtungen der ZVK.

Bezüglich der als wesentlich einzuordnenden, bei den sonstigen Rückstellungen (Passivposten 7c) ausgewiesenen Rückstellungen, ergeben sich folgende ergänzende Hinweise:

Bei der Ermittlung der im Zusammenhang mit der Rückstellungsbewertung entstehenden Aufwendungen und Erträge wird davon ausgegangen, dass die Änderung des Abzinsungssatzes zum Beginn der Periode eingetreten ist. Erfolge aus der Änderung des Abzinsungssatzes oder der Restlaufzeit werden bei der nicht aus dem klassischen Bankgeschäft resultierenden Rückstellung für Beihilfen im operativen Ergebnis ausgewiesen.

Die Berechnung der Beihilferückstellungen erfolgt grundsätzlich nach dem gleichen Verfahren und Annahmen wie bei den Pensionsrückstellungen. Für die Abzinsung wurde der sich aus den vergangenen sieben Geschäftsjahren ergebende durchschnittliche Marktzinssatz von 1,76 % verwendet. Als Trend bezüglich der Steigerung der entsprechenden Aufwendungen haben wir einen Satz von 2,0 % berücksichtigt.

Für die vom BGH-Urteil vom 6. Oktober 2021 zur Wirksamkeit von Zinsänderungsklauseln bei Prämien-sparverträgen mittelbar betroffenen Sparverträge haben wir für mögliche Zinsansprüche der Kunden Rückstellungen gebildet. Dabei haben wir im Rahmen einer vernünftigen kaufmännischen Beurteilung unter Berücksichtigung bisheriger und erwarteter Kundenreaktionen die Wahrscheinlichkeit eingeschätzt, dass Ansprüche geltend gemacht werden. Den Referenzzinssatz, der einen wesentlichen Parameter für die Bewertung der Rückstellungen darstellt, haben wir aufgrund der derzeit noch ungeklärten Rechtslage für Zwecke der Bewertung der Rückstellungen unter Berücksichtigung des handelsrechtlichen Vorsichtsprinzips festgelegt. Darüber hinaus wurden bei der Berechnung der Rückstellungen hinsichtlich der konkreten einzelnen Vertragsverläufe vereinfachte Annahmen berücksichtigt. Eine Abzinsung erfolgt nicht, da wir von einer Inanspruchnahme während des nächsten Jahres ausgehen.

Nach IDW RS BFA 3 n. F. sind die zinsbezogenen Instrumente des Bankbuchs (Zinsbuch) einer verlustfreien Bewertung zu unterziehen. Zu diesem Zweck werden die zinsbezogenen Vermögensgegenstände und Schulden sowie derivative Finanzinstrumente (insbesondere Zins-Swaps) des Bankbuchs einem Saldierungsbereich zugeordnet. Für diesen ist unter Berücksichtigung von voraussichtlich zur Bewirtschaftung des Bankbuchs erforderlichen Aufwendungen (Refinanzierungs-, Risiko- und Verwaltungskosten) zu prüfen, ob aus den noch zu erwartenden Zahlungsströmen bis zur vollständigen Abwicklung des Bestands ein Verlust droht. Die Sparkasse wendet die barwertige Berechnungsmethode an. Der Barwert ergibt sich aus den zum Abschlussstichtag abgezinsten Zahlungsströmen des Bankbuchs. Betrags- und Laufzeitinkongruenzen sind mittels fiktiver Geschäfte zu schließen. Auf der Passivseite ist dabei der angenommene individuelle Refinanzierungsaufschlag der Sparkasse zu berücksichtigen. Die künftigen für die vollständige Abwicklung des Bankbuchs benötigten Verwaltungskosten wurden aus statistischen

Daten abgeleitet. Der ermittelte Verwaltungskostensatz wurde auch für den Einbezug sogenannter Overheadkosten berücksichtigt. Weiterhin wurden Gebühren und Provisionserträge, die direkt aus den Zinsprodukten resultieren, im Rahmen der verlustfreien Ermittlung des Bankbuchs berücksichtigt. Zum Bilanzstichtag ergibt sich kein Verpflichtungsüberschuss.

Die strukturierten Produkte (Forwarddarlehen, Darlehen mit Mindestzinsvereinbarung und Anleihen mit Gläubigerkündigungsrecht) wurden unter Berücksichtigung des IDW RS HFA 22 einheitlich (ohne Abspaltung der Nebenrechte) bewertet.

Die zur Steuerung von Zinsänderungsrisiken abgeschlossenen Zinsswappgeschäfte wurden in die verlustfreie Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs (Zinsbuchs) einbezogen und waren somit nicht gesondert zu bewerten.

Das Währungsrisiko wird über eine Währungsgesamtposition je Währung als Einheit gesteuert. In diese werden je Währung die einzelnen Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten eingestellt. Eine besondere Deckung gemäß § 340h HGB wird in Höhe der sich hierbei betragsmäßig ausgleichenden Positionen je Währung angenommen.

Die Umrechnung der auf fremde Währung lautenden Bilanzposten und der am Bilanzstichtag nicht abgewickelten Kassageschäfte erfolgte mit dem Kassamittelkurs. Der Sortenbestand wurde zum EZB-Referenzkurs bewertet.

Die Aufwendungen aus der Währungsumrechnung wurden in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt. Die Erträge aus der Umrechnung besonders gedeckter Geschäfte wurden ebenfalls erfolgswirksam vereinnahmt.

Der Ausweis der Aufwendungen und Erträge aus besonders gedeckten Positionen erfolgte saldiert im sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Erläuterungen zur Jahresbilanz

Aktivseite

3. Forderungen an Kreditinstitute

	31.12.2023 TEUR	2022 TEUR
In dieser Position sind enthalten:		
- Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	81.216	109.461
darunter: Forderungen an die eigene Girozentrale	81.176	109.427
Die Unterposition b) - andere Forderungen - (ohne anteilige Zinsen) setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
- bis drei Monate	45.028	
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	35.045	
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	45.000	
- mehr als fünf Jahre	41.991	

4. Forderungen an Kunden

	31.12.2023 TEUR	2022 TEUR
In dieser Position sind enthalten:		
- Forderungen an verbundene Unternehmen	7.039	7.287
- Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	14.948	21.343
- Im Rahmen des sogenannten Pfandbriefpoolings wurden grundpfandrechtlich besicherte Kundenforderungen in Höhe von an die Landesbank Baden-Württemberg übertragen. Die Landesbank kann diese Forderungen zur Begebung von Hypotheken-Pfandbriefen nutzen. Aufgrund der vertraglichen Rückübertragungsmöglichkeiten verbleibt das wirtschaftliche Eigentum an den Forderungen bei der Sparkasse, die dem entsprechend die Forderungen weiterhin unter Aktiva-Posten 4 und mit nebenstehendem Betrag in dem dazugehörigen Unterausweis „durch Grundpfandrechte besichert“ ausweist.	6.283	6.951
Diese Position (ohne anteilige Zinsen) setzt sich nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
- bis drei Monate	39.301	
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	111.200	
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	428.650	
- mehr als fünf Jahre	638.327	
- mit unbestimmter Laufzeit	20.124	

5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

	31.12.2023 TEUR	2022 TEUR
In dieser Position sind enthalten:		
- Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	67.541	79.444
- Beträge, die in dem auf den Bilanzstichtag folgenden Jahr fällig werden (ohne anteilige Zinsen)	90.810	
Von den in dieser Position enthaltenen Wertpapieren sind börsennotiert	372.526	

Nicht mit dem Niederstwert bewertet sind Wertpapiere mit Buchwerten von zusammen 142.219 TEUR. Der Zeitwert dieser so bewerteten Wertpapiere beläuft sich auf 131.848 TEUR. Es handelt sich um Wertpapiere mit Endfälligkeiten ab 2025. Wir gehen von einer nur vorübergehenden Wertminderung aus, da der Zeitwert bei diesen Wertpapieren unter deren Einlösungsbetrag liegt.

6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

An dem Investmentvermögen des Rentenfonds „Bantleon Select Green Bond“ halten wir mehr als 10 % der Anteile. Der Buchwert/Marktwert beträgt 3.946 TEUR, es erfolgten Ausschüttungen im Geschäftsjahr in Höhe von 109 TEUR. Für den dargestellten Fonds lagen keine Beschränkungen in der Möglichkeit der täglichen Rückgabe vor.

9. Treuhandvermögen

Das ausgewiesene Treuhandvermögen stellt in voller Höhe Forderungen an Kunden (Aktivposten 4) dar.

12. Sachanlagen

	31.12.2023 TEUR
In dieser Position sind enthalten:	
- im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude	12.044
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.177

13. Sonstige Vermögensgegenstände

	31.12.2023 TEUR	2022 TEUR
In dieser Position sind enthalten:		
- nachrangige Vermögensgegenstände	1.412	1.396

14. Rechnungsabgrenzungsposten

	31.12.2023 TEUR	2022 TEUR
In dieser Position sind enthalten:		
- Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und höherem Auszahlungsbetrag von Forderungen	11	15
- Unterschiedsbetrag zwischen Erfüllungs- und niedrigerem Ausgabebetrag von Verbindlichkeiten oder Anleihen	34	0

Mehrere Positionen betreffende Angaben

	31.12.2023 TEUR
Von den Vermögensgegenständen lauten auf Fremdwährung	5.225

Verrechnung gemäß § 246 Abs. 2 HGB

Die Sparkasse hat Wertpapiere, die ohne Verrechnung in Aktivposten 6 auszuweisen gewesen wären, mit Anschaffungskosten in Höhe von 589 TEUR und beizulegenden Zeitwerten von 612 TEUR gemäß § 246 Abs. 2 HGB mit – ohne Verrechnung bei Passivposten 7 auszuweisenden – Verpflichtungen aus Lebensarbeitszeitkonten (Erfüllungsbetrag 612 TEUR) verrechnet. Die in diesem Zusammenhang zu kompensierenden Aufwendungen (GuV-Position 13) und Erträge (GuV-Position 8) des Geschäftsjahres beliefen sich auf 19 TEUR.

Anlagespiegel

Entwicklung des Anlagevermögens (Angaben in TEUR)															
	Entwicklung der Anschaffungs-/Herstellungskosten						Entwicklung der kumulierten Abschreibungen						Buchwerte		
	Stand am 1.1. des Geschäftsjahres	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Stand am 31.12. des Geschäftsjahres	Stand am 1.1. des Geschäftsjahres	Abreibungen im Geschäftsjahr	Zuschreibungen im Geschäftsjahr	Änderungen der gesamten Abschreibungen im Zusammenhang mit			Stand am 31.12. des Geschäftsjahres	Stand am 31.12. des Geschäftsjahres	Stand am 31.12. des Vorjahres	
									Zugängen	Abgängen	Umbuchungen				
Immaterielle Anlagewerte	347	0	0	0	347	339	4	0	0	0	0	0	343	5	9
Sachanlagen	39.248	164	761	0	38.651	22.678	1.151	0	0	674	0	23.155	15.497	16.570	
Veränderungssaldo (§ 34 Abs. 3 RechKredV)												(ohne anteilige Zinsen)			
Forderungen an Kreditinstitute							- 8.184						0	8.184	
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere							+ 3.982						146.201	142.219	
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere							- 141						664	805	
Beteiligungen							- 299						21.026	21.325	
Anteile an verbundenen Unternehmen							0						226	226	
Sonstige Vermögensgegenstände							0						1.359	1.359	

Passivseite**1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten**

	31.12.2023 TEUR	2022 TEUR
In dieser Position sind enthalten:		
- Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht darunter: gegenüber der eigenen Girozentrale	269.686 269.686	247.929
Der Gesamtbetrag der als Sicherheit übertragenen Vermögensgegenstände für in dieser Position enthaltene Verbindlichkeiten beläuft sich auf insgesamt	263.517	
Die Unterposition b) - mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist - setzt sich (ohne anteilige Zinsen) nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
- bis drei Monate	6.410	
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	27.485	
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	120.631	
- mehr als fünf Jahre	159.705	

2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

	31.12.2023 TEUR	2022 TEUR
In dieser Position sind enthalten:		
- Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	32	75
- Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	411	365
Die Unterposition ab) - Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten - setzt sich (ohne anteilige Zinsen) nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
- bis drei Monate	14	
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	50.310	
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	432	
Die Unterposition bb) - andere Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist - setzt sich (ohne anteilige Zinsen) nach Restlaufzeiten wie folgt zusammen:		
- bis drei Monate	114.940	
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	25.411	
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	175.796	
- mehr als fünf Jahre	5.877	

4. Treuhandverbindlichkeiten

Bei den Treuhandverbindlichkeiten handelt es sich um Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Passivposten 1).

6. Rechnungsabgrenzungsposten

	31.12.2023 TEUR	2022 TEUR
In dieser Position sind enthalten:		
Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und niedrigerem Auszahlungsbetrag von Forderungen	54	28

Mehrere Positionen betreffende Angaben

	31.12.2023 TEUR
Von den Schulden lauten auf Fremdwährung	5.235

Passivseite unter dem Strich

Im Posten „Eventualverbindlichkeiten“ sind im Unterposten b) „Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen“ zwei Einzelposten von wesentlicher Bedeutung in Bezug auf die Gesamttätigkeit der Sparkasse enthalten; die Einzelbeträge liegen zwischen 2.480 TEUR und 2.989 TEUR.

Die übernommenen Verpflichtungen aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen waren nicht zu passivieren, da wir aufgrund der Bonität der Kreditnehmer davon ausgehen, dass die zugrunde liegenden Verpflichtungen erfüllt werden, und wir daher nicht in Anspruch genommen werden.

Im Posten „Andere Verpflichtungen“ sind im Unterposten c) „Unwiderrufliche Kreditzusagen“ fünf Einzelposten von wesentlicher Bedeutung in Bezug auf die Gesamttätigkeit der Sparkasse enthalten; die Einzelbeträge liegen zwischen 3.300 TEUR und 5.878 TEUR. Bei den genannten unwiderruflichen Kreditzusagen handelt es sich mit 22.515 TEUR um Darlehen.

Wir gehen derzeit grundsätzlich davon aus, dass die unwiderruflichen Kreditzusagen künftig von den Kreditnehmern in Anspruch genommen werden.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

5. Provisionserträge

Wir haben Provisionserträge aus gegenüber Dritten erbrachten Dienstleistungen für die Vermittlung und Verwaltung von Lebensversicherungen, Bausparverträgen, Krediten und Investmentanteilen erhalten.

29. Bilanzgewinn

Der Verwaltungsrat wird den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 in seiner für den 21. Juni 2024 vorgesehenen Sitzung feststellen. Der Vorschlag für die Verwendung des Ergebnisses sieht vor, den Bilanzgewinn vollständig der Sicherheitsrücklage zuzuführen.

Sonstige Angaben

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Name, Sitz	Höhe des Kapitalanteils	Eigenkapital	Jahresergebnis
Landesbank Baden-Württemberg, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim, Mainz	0,08 %	15.442 Mio. EUR (31.12.2022 ¹)	+ 1.510 Mio. EUR (2022)
Sparkassenverband Baden-Württemberg, Stuttgart	0,08 %	- ²	- ²
SVB-Sparkassen-Versicherung Beteiligungs-GmbH Nr. 5, Stuttgart	10,39 %	94.201 TEUR (30.09.2023)	+ 2.781 TEUR (2022/2023)

Der übrige Anteilsbesitz nach § 285 Nr. 11 HGB ist für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von untergeordneter Bedeutung.

Wir sind unbeschränkt haftende Gesellschafterin der RWSO-Grundstücksgesellschaft TBS der Württembergischen Sparkassenorganisation (GbR), Fellbach, sowie der DKE-GbR, Berlin.

Der Sparkassenverband Baden-Württemberg hat sich zusammen mit den weiteren Trägern quotal entsprechend seinem Stammkapitalanteil an der Bereitstellung von zusätzlichem Eigenkapital für die Landesbank Baden-Württemberg beteiligt. Als Mitglied des Sparkassenverbandes Baden-Württemberg sind wir verpflichtet, über Umlagen den nicht anderweitig gedeckten Verbandsaufwand entsprechend dem maßgeblichen Umlageschlüssel abzudecken. Darüber hinaus sind wir Mitglied des Sicherungssystems der Deutschen Sparkassenorganisation, wobei das System der freiwilligen Institutssicherung beibehalten wurde. Zusätzlich erfüllt das Sicherungssystem auch die Anforderungen des Einlagensicherungs-gesetzes. Aus diesen Verpflichtungen ist über die laufenden jährlichen Beitragsverpflichtungen hinaus derzeit ein akutes Risiko einer wesentlichen Inanspruchnahme nicht erkennbar.

Zum Erwerb der Landesbank Berlin Holding AG (LBBH) durch die S-Finanzgruppe haben wir uns über den Deutschen Sparkassen- und Giroverband ö. K. (DSGV) an der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (Erwerbsgesellschaft) als Kommanditistin unterbeteiligt. In diesem Zusammenhang besteht ein Aufwendungsersatzanspruch des DSGV gegenüber den Unterbeteiligten für den Fall, dass die über die Erwerbsgesellschaft auszuschüttenden Dividenden der LBBH die laufenden Aufwendungen (im Wesentlichen aus der Fremdfinanzierung) nicht abdecken. Aktuell ist aus dieser Verpflichtung kein akutes Risiko einer Inanspruchnahme erkennbar.

Derivative Finanzinstrumente

Bei den am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten Termingeschäften handelt es sich um zinsbezogene Geschäfte (Zinsswaps) mit einem Nominalbetrag von 60.000 TEUR und einer Restlaufzeit von über 5 Jahren und zinsbezogene Geschäfte (Zinsswaps) mit einem Nominalbetrag von 20.500 TEUR und einer Restlaufzeit von 1 bis 5 Jahren.

Zinsswaps werden in die Basisbestandteile Kuponanleihe und Floater zerlegt und unter Zugrundelegung entsprechender Zinsstrukturkurven getrennt bewertet. Die Zeitwerte der Swaps ergeben sich dabei aus der Differenz der Barwerte der beiden Basisprodukte.

Die positiv ermittelten Zeitwerte (ohne anteilige Zinsen) betragen 477 TEUR, die negativ ermittelten Zeitwerte (ohne anteilige Zinsen) betragen 2.240 TEUR, saldiert ergibt sich somit ein negativer Zeitwert von 1.763 TEUR.

Diese in die Zinsbuchsteuerung einbezogenen Derivate wurden bei der verlustfreien Bewertung der zinsbezogenen Geschäfte des Bankbuchs (Zinsbuchs) berücksichtigt (vgl. Abschnitt „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“) und waren somit nicht gesondert zu bewerten.

¹ Konzernabschluss gemäß IFRS

² Keine Angabe gemäß § 286 Abs. 3 Satz 2 HGB

Bei dem Kontrahenten im Derivategeschäft per 31. Dezember 2023 handelt es sich ausschließlich um ein deutsches Kreditinstitut.

Latente Steuern

Aufgrund abweichender Ansatz- und Bewertungsvorschriften zwischen Handels- und Steuerbilanz bestehen zum Bilanzstichtag Steuerlatenzen. Dabei wird der Gesamtbetrag der künftigen Steuerbelastungen durch absehbare Steuerentlastungen überdeckt. Ein Ausweis passiver latenter Steuern war insoweit nicht erforderlich, auf den Ansatz aktiver latenter Steuern hat die Sparkasse entsprechend § 274 Abs. 1 HGB verzichtet. Die wesentlichen künftigen Steuerbelastungen resultieren aus bilanziellen Ansatzunterschieden bei Aktien und anderen festverzinslichen Wertpapieren und den Sachanlagen. Die zum Ausgleich der künftigen Steuerbelastungen benötigten absehbaren künftigen Steuerentlastungen ergeben sich aus unterschiedlichen bilanziellen Ansätzen bei den Forderungen an Kunden, den Beteiligungen und den Rückstellungen. Der Ermittlung der latenten Steuern wurde ein Steuersatz von 28,947 % (Körperschaft- und Gewerbesteuer zzgl. Solidaritätszuschlag) zugrunde gelegt. Aus Beteiligungen an Personengesellschaften resultierende, lediglich der Körperschaftsteuer und dem Solidaritätszuschlag unterliegende Differenzen wurden bei den Berechnungen mit einem Steuersatz von 15,825 % berücksichtigt.

Abschlussprüferhonorare

Für das Geschäftsjahr wurden von unserem Abschlussprüfer für folgende Leistungen Honorare berechnet:

	TEUR
für die Abschlussprüfung	300
für andere Bestätigungen	6
für die Steuerberatung	18

Mitarbeiter:innen

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:	2023	2022
Vollzeitkräfte	147	152
Teilzeit- und Ultimokräfte (anteilig)	<u>60</u>	<u>59</u>
	207	211
Auszubildende	<u>23</u>	<u>24</u>
Insgesamt	230	235

Bezüge/Kreditgewährungen an Vorstand und Verwaltungsrat

Für die früheren Mitglieder des Vorstandes bzw. deren Hinterbliebene wurden Versorgungsbezüge in Höhe von 602 TEUR bezahlt. Für diese Personengruppe bestehen Pensionsrückstellungen in Höhe von 11.439 TEUR.

Die Mitglieder des Verwaltungsrats erhielten für Ihre Tätigkeit im Berichtsjahr Gesamtbezüge in Höhe von 110 TEUR.

Den Mitgliedern des Vorstandes wurden Kredite (einschließlich Haftungsverhältnisse) in Höhe von 0,9 TEUR gewährt.

An die Mitglieder des Verwaltungsrates wurden Kredite (einschließlich Haftungsverhältnisse) in Höhe von 2.291 TEUR ausgereicht.

Organe:

	Vorname/Name	Beruf
Verwaltungsrat:		
Vorsitzender	Dr. Klaus Michael Rückert	Landrat
1. stv. Vorsitzender	Peter Rosenberger	Oberbürgermeister der Stadt Horb a.N.
2. stv. Vorsitzender	Klaas Klaassen (+) <i>bis zum 27. Februar 2023</i>	Bürgermeister der Gemeinde Schopfloch
2. stv. Vorsitzender	Gerhard Gaiser <i>ab 31. März 2023</i>	selbstständiger Seminarleiter
Mitglieder	Kevin Bauer <i>bis 30. September 2023</i>	Sparkassenangestellter
	Hermann John <i>ab 1. Oktober bis 31. Dezember 2023</i>	Sparkassenangestellter
	Elmar Aberle <i>ab 1. Januar 2024</i>	Sparkassenangestellter
	Axel Gaiser	Sparkassenangestellter
	Christoph Enderle <i>ab 31. März 2023</i>	Bürgermeister der Gemeinde Loßburg
	Wolf Hoffmann	Realschullehrer i.R.
	Julian Osswald	Oberbürgermeister der Stadt Freudenstadt
	Katrin Schindele	Landtagsabgeordnete BW
	Markus Schleh	Sparkassenangestellter
	Peter Schulz	Geschäftsführender Gesellschafter
	Ulli Schmelzle	Bankkaufmann i.R.
	Diane Tittjung	Sparkassenangestellte
	Oliver Wendel	Sparkassenangestellter
	Stefan Wirth	Selbstständiger Steuerberater
Vorstand:		
Vorsitzender	Werner Loser	
Mitglieder	Bernd Philippsen	

Freudenstadt, den 21. Mai 2024

Kreissparkasse Freudenstadt

Der Vorstand

Loser

Philippsen

Anlage zum Jahresabschluss gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG zum 31. Dezember 2023 („Länderspezifische Berichterstattung“)

Die Kreissparkasse Freudenstadt hat keine Niederlassungen im Ausland. Sämtliche nachfolgende Angaben entstammen dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 und beziehen sich ausschließlich auf ihre Geschäftstätigkeit als regional tätige Sparkasse in der Bundesrepublik Deutschland.

Die Tätigkeit der Kreissparkasse Freudenstadt besteht im Wesentlichen darin, Einlagen oder andere rückzahlbare Gelder von Privat- und Firmenkunden entgegenzunehmen und Kredite für eigene Rechnung zu gewähren.

Die Kreissparkasse Freudenstadt definiert den Umsatz als Saldo aus der Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB: Zinserträge, Zinsaufwendungen, laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, laufende Erträge aus Beteiligungen, Provisonerträge, Provisionsaufwendungen und sonstige betriebliche Erträge.

Der Umsatz beträgt für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2023 53.288 TEUR.

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten beträgt im Jahresdurchschnitt 207.

Der Gewinn vor Steuern beträgt 7.788 TEUR.

Die Steuern auf den Gewinn betragen 5.653 TEUR. Die Steuern betreffen laufende Steuern.

Die Kreissparkasse Freudenstadt hat im Geschäftsjahr keine öffentlichen Beihilfen erhalten.

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Kreissparkasse Freudenstadt, Freudenstadt

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Kreissparkasse Freudenstadt (im Folgenden: Sparkasse) bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Sparkasse für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kreditinstitute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Sparkasse zum 31. Dezember 2023 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 Handelsgesetzbuch (im Folgenden: HGB) erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden: EU-APrVO) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Sparkasse unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Art. 10 Abs. 2 Buchstabe f) EU-APrVO i. V. m. § 340k Abs. 3 HGB, dass alle von uns beschäftigten Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Art. 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Ja-

nuar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend stellen wir den aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar:

Bewertung von Forderungen an Kunden

a) Sachverhalt und Problemstellung

Das Kundenkreditgeschäft ist ein maßgebliches Geschäftsfeld der Sparkasse. Bei der Bewertung einzelner Kundenforderungen ist das Adressenausfallrisiko des Kreditnehmers, d. h. insbesondere die Wahrscheinlichkeit, mit der ein Kreditnehmer seinen vertraglichen Leistungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen kann, sowie die Bewertung der ggf. vorliegenden Sicherheiten, maßgeblich. Die Bewertung dieser Forderungen beruht somit in einem hohen Maße auf den Einschätzungen und Annahmen des Vorstands der Sparkasse zu den genannten Sachverhalten. Die Unsicherheiten bei diesen Ermessensentscheidungen sind aktuell insbesondere durch die aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen geprägt. Von besonderer Bedeutung ist hierbei die Einschätzung, inwieweit die hieraus resultierenden Belastungen die Kapitaldienstfähigkeit der betroffenen Kreditnehmer dauerhaft negativ beeinflussen. Diese Thematik hat daher wesentliche Auswirkungen auf den Jahresabschluss, insbesondere auf die Ertragslage der Sparkasse. Für die Zwecke der Rechnungslegung sind insofern die Kreditprozesse zur Bewertung der Forderungen von besonderer Bedeutung. Die Bewertung von Forderungen an Kunden bedarf insoweit einer besonderen Befassung durch den Abschlussprüfer.

b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse

Bereits im Rahmen unserer vorgezogenen Prüfung der organisatorischen Pflichten haben wir die Ordnungsmäßigkeit der Kreditprozesse, u. a. den Forderungsbewertungsprozess, betrachtet. Die relevanten Kreditprozesse sowie die Ausgestaltung und Wirksamkeit des internen Kontrollsystems bei der Bewertung der Kundenforderungen beurteilen wir regelmäßig auf Grundlage von Aufbau- und Funktionsprüfungen.

Bei einer risikoorientierten - unter besonderer Berücksichtigung der aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen - vorgenommenen bewussten Auswahl von Kreditengagements haben wir aussagebezogene Prüfungshandlungen in Form von Einzelfallprüfungen vorgenommen und auf der Grundlage von Kreditunterlagen zu den wirtschaftlichen Verhältnissen die von der Sparkasse vorgenommene Beurteilung des kreditnehmerbezogenen Adressenausfallrisikos sowie die Bewertung der Kreditsicherheiten bei ausfallgefährdeten Forderungen nachvollzogen.

c) Verweis auf weitergehende Informationen

Weitere Informationen und Erläuterungen sind in den Anhangangaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sowie zu den Beständen zum Bilanzposten Aktiva 4 enthalten. Darüber hinaus verweisen wir auf die Darstellungen und Erläuterungen im Lagebericht (Abschnitte 2.3.2.2, 2.4.1 und 4.2.1.1).

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter (Vorstand) und des Aufsichtsorgans (Verwaltungsrat) für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Der Vorstand ist verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kreditinstitute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse vermittelt. Ferner ist der Vorstand verantwortlich für die internen Kontrollen, die er in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt hat, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses ist der Vorstand dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Sparkasse zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren hat er die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus ist er dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem ist der Vorstand verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner ist der Vorstand verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die er als notwendig erachtet hat, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Verwaltungsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Sparkasse zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Sparkasse vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der vom Vorstand angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der vom Vorstand dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des vom Vorstand angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Sparkasse zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Sparkasse ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Sparkasse vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Sparkasse.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den vom Vorstand dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben vom Vorstand zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit dem Verwaltungsrat unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber dem Verwaltungsrat eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihm alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und, sofern einschlägig, die zur Beseitigung von Unabhängigkeitsgefährdungen vorgenommenen Handlungen oder ergriffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit dem Verwaltungsrat erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

Übrige Angaben gemäß Art. 10 EU-APrVO

Wir sind nach § 30 Abs. 2 Satz 2 Sparkassengesetz für Baden-Württemberg i. V. m. § 340k Abs. 3 Satz 1 HGB gesetzlicher Abschlussprüfer der Sparkasse.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem Prüfungsbericht nach Art. 11 EU-APrVO in Einklang stehen.

Von uns beschäftigte Personen, die das Ergebnis der Prüfung beeinflussen können, haben die Prüfung im Zusammenhang mit der Kostenumlage der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht für den

Aufsichtsbereich Wertpapierhandel gemäß § 16j Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes über die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Finanzdienstleistungsaufsichtsgesetz - FinDAG) als Leistung, die nicht im Jahresabschluss oder im Lagebericht angegeben wurde, zusätzlich zur Abschlussprüfung für die Sparkasse erbracht.

VERANTWORTLICHER WIRTSCHAFTSPRÜFER

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Peter Petersen.

Stuttgart, den 31. Mai 2024

Sparkassenverband Baden-Württemberg
Prüfungsstelle

Petersen
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Verwaltungsratsvorsitzenden

Der Verwaltungsrat ist seinen ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben stets nachgekommen. Als oberstes Gremium der Kreissparkasse überwachte der Verwaltungsrat die Aufgabenerfüllung des Vorstands, überzeugte sich von der ordnungsgemäßen Geschäftsführung und legte in gemeinsamer Beratung mit dem Vorstand die Richtlinien der Geschäftspolitik fest.

In insgesamt vier Sitzungen informierte der Vorstand den Verwaltungsrat ausführlich über die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die weiteren Konjunkturaussichten, die Geschäftsentwicklung, die Ertragslage, die wirtschaftlichen Verhältnisse sowie über alle sonstigen wichtigen Themen, insbesondere das Risikomanagement im Hause.

Der Kreditausschuss trat 2023 zu dreizehn Sitzungen zusammen. Dabei wurde er über wichtige Kreditengagements der Kreissparkasse ausführlich unterrichtet und hat zu Kreditentscheidungen Stellung genommen. Der Risikoausschuss hat sich 2023 in vier Sitzungen mit der aktuellen Risikosituation intensiv auseinandergesetzt.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht 2023 wurden vom Sparkassenverband Baden-Württemberg geprüft. Es wurde ein Bestätigungsvermerk mit nicht modifizierten Prüfungsurteilen erteilt. Der Verwaltungsrat wird voraussichtlich in seiner Sitzung am 21. Juni 2024 gemäß § 30 Abs. 3 Sparkassengesetz für das Land Baden-Württemberg den Jahresabschluss feststellen. Es ist vorgesehen, den Bilanzgewinn in voller Höhe der Sicherheitsrücklage zuzuführen.

Im Namen des Verwaltungsrats danke ich dem Vorstand und allen Mitarbeitenden für die erfolgreiche Arbeit im Geschäftsjahr 2023. Mein Dank gilt auch allen Kundinnen und Kunden für das Vertrauen, das sie der Kreissparkasse im Berichtsjahr entgegengebracht haben. Allen Verwaltungsratsmitgliedern danke ich für die vertrauensvolle und harmonische Zusammenarbeit im Dienste der Kreissparkasse.

Freudenstadt, im Juni 2024

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats
Dr. Klaus Michael Rückert
Landrat



Kreissparkasse Freudenstadt

Stuttgarter Straße 31

72250 Freudenstadt

Fon 07441 5330

Fax 07441 533100

Internet: www.kskfds.de

E-Mail: info@ksk-fds.de